

Die Stasi wusste, was der DDR nach dem „Machtwechsel“ in Bonn 1969 und dem Beginn einer neuen Ostpolitik drohte – und sie informierte darüber auch die SED-Führung und den „großen Bruder“ in Moskau, der sich viele unbequeme Fragen gefallen lassen musste, von Warnungen vor einer Zersetzung des Ostblocks trotzdem nichts wissen wollte. Siegfried Suckut, einer der Pioniere der westdeutschen DDR-Forschung, präsentiert die Analysen der Staatssicherheit, schildert die Konsultationen mit dem KGB und den Prozess der Anpassung, der SED und Stasi schließlich doch auf den Kurs Moskaus einschwenken ließ – zähneknirschend, wie es scheint.

Siegfried Suckut

## Probleme mit dem „großen Bruder“

Der DDR-Staatssicherheitsdienst und die Deutschlandpolitik der KPdSU 1969/70

### Regierungswechsel in Bonn. Im Westen nichts Neues?

Als im Herbst 1969 mit Willy Brandt erstmals ein Sozialdemokrat zum Kanzler der Bundesrepublik gewählt wurde, reagierte die SED-Führung zunächst mit geschäftsmäßiger Routine. Fachlich zuständige Mitarbeiter im Parteiapparat unter der Leitung von ZK-Sekretär Albert Norden wurden beauftragt, für das Politbüro umgehend eine Einschätzung der Regierungserklärung vom 28. Oktober zu erarbeiten. Die Analyse kam zu einem unspektakulären Ergebnis: Es sei „weder in der Innen- noch Außenpolitik eine prinzipielle politische Neuorientierung“ zu erwarten. Zu verzeichnen sei ein Regierungs-, aber kein Machtwechsel. Man werde jetzt die etwas flexiblere „sozialdemokratische Variante zur Weiterführung der imperialistischen Politik“ kennenlernen und sollte, so die Empfehlung an die SED-Führung, „nach wie vor den Hauptstoß gegen das Monopolkapital und die konservativen und rechtsextremen Kräfte“ richten, die von der CDU/CSU angeführt würden<sup>1</sup>. An der Politik der sozialliberalen Koalition gelte es, bei Bedarf, „konstruktive Kritik“ zu üben<sup>2</sup>. Ein nüchterner, skeptisch klingender Befund, der keine Besorgnis erkennen ließ.

Der zuweilen zur Emphase neigende SED-Generalsekretär Walter Ulbricht kritisierte ihn, wohl für alle überraschend, am 30. Oktober 1969 im Kreis der Politbüromitglieder und wollte Brandts Erklärung als „Fortschritt“ gewertet wis-

<sup>1</sup> Wortlaut der unter Federführung von Politbüromitglied Norden erarbeiteten Vorlage, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Bd. 1 (DzD VI.1), hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearb. von Daniel Hofmann, München 2002, Dok. 4, S. 9–16, hier S. 10 f. u. S. 15. Vgl. zur Entstehung und Rezeption des Papiers die Erläuterungen des Bearbeiters, in: Ebenda, S. XXIV–XXVIII, sowie Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 320–324.

<sup>2</sup> DzD VI. 1, Dok. 4, S. 9–16, hier S. 15.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen. Die SED müsse nun darauf hinarbeiten, dass diese Regierung „recht lange“ bestehen bleibe<sup>3</sup>. Wenn Brandt eine neue Ostpolitik mache, „dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat“, so der SED-Chef kämpferisch-optimistisch<sup>4</sup>. Das Politbüro legte sich noch auf keines der beiden deutschlandpolitischen Konzepte fest. Ein an die KPdSU vorab weitergeleiteter Resolutionsentwurf trug Kompromisscharakter<sup>5</sup>. Die SED-Führung wartete auf ein klärendes Wort aus Moskau. Vermutlich aufgrund fehlender Unterstützung im Politbüro und aufgrund eigener Zweifel, ob die DDR ökonomisch stark genug für eine offensive Politik gegenüber der Bundesrepublik sein würde, lenkte Ulbricht rasch ein, näherte sich argumentativ dem Tenor des Norden-Papiers an und vertrat diese Sichtweise Anfang Dezember in Moskau auch gegenüber der KPdSU-Führung und den Chefs der anderen verbündeten Parteien<sup>6</sup>. Die SED hatte sich im Grundsatz für die Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber der Bundesrepublik entschieden. Vermeintlicher Kontinuität in Bonn sollte mit einer entsprechenden Taktik der DDR begegnet werden.

Leichter tat sich das von Erich Mielke geleitete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit der Einschätzung des neuen westdeutschen Regierungschefs. Schon aus seiner Zeit als Regierender Bürgermeister in West-Berlin galt er den Stasi-Offizieren als gefährlicher Kontrahent, der eine „feindliche Politik gegen die DDR“ verfolge<sup>7</sup>. Er habe sich nun lediglich für eine neue taktische Variante, die „Überwindung der DDR mit friedlichen Mitteln“, entschieden. Die Bereitschaft zu Frieden und Verständigung täusche er nur vor. Dennoch verhielt sich Minister Mielke auf geheimdienstlicher Leitungsebene ähnlich wie die SED-Führung und wollte seine Einschätzung in Moskau vortragen und bestätigen lassen. Sorgfältig bereitete er sich deshalb auf eine für Mitte November 1969 geplante Beratung mit dem KGB-Chef und Kandidaten des KPdSU-Politbüros Juri Andropow vor, an der auf Seiten des MfS auch Markus Wolf teilnahm<sup>8</sup>. Der hatte in seiner für die West-

<sup>3</sup> So die Mitschrift Honeckers von der außerordentlichen Politbürositzung am 30. 10. 1969, in: DzD VI.1, Dok. 9, S. 23–26, hier S. 24.

<sup>4</sup> Mitschrift eines Ulbricht-Mitarbeiters von derselben Sitzung, in: Ebenda, Dok. 10, S. 26–31, hier S. 28.

<sup>5</sup> Vgl. das Telegramm Ulbrichts an Breschnew vom 30. 10. 1969 mit dem Erklärungsentwurf des Politbüros in der Anlage, in: DzD VI.1, Dok. 11 u. 11A, S. 31–33.

<sup>6</sup> Vgl. DzD VI.1, Dok. 32 u. 35, S. 88–95 u. S. 100–137; ferner die Einleitung des Bearbeiters, in: Ebenda, S. XXV–XXXI.

<sup>7</sup> Hauptverwaltung Aufklärung/VII, Kurzeinschätzung über Bundeskanzler Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, v. 11. 11. 1969, in: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (künftig: BStU), MfS, ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) 24163, Bl. 19–28, hier Bl. 22, auch für das folgende Zitat.

<sup>8</sup> Ob der Termin schon seit längerem feststand oder kurzfristig angesetzt worden war und wer sonst noch daran teilnahm, ist in den MfS-Unterlagen nicht überliefert. Zum Verhandlungs-ort vgl. BStU, MfS, ZAIG 5130, Bl. 1, und die (ansonsten nicht immer zutreffende) Darstellung bei Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 247. Zum Treffen vgl. ausführlich Karl-Heinz Schmidt, Dialog über Deutschland. Studien zur Deutschlandpolitik von KPdSU und SED (1960–1979), Baden-Baden 1998, S. 211–219, und zu den deutschlandpolitischen Differenzen in der SED-Führung Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konflikt-

spionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) in einem über achtzigseitigen, von der einschlägigen Forschung bisher nicht berücksichtigten Papier zusammentragen lassen, welche strategischen Ziele die Sozialdemokraten mit ihrer Neuen Ostpolitik verfolgten und worin die zukünftigen Herausforderungen für die „Tscheaken“ im östlichen Bündnissystem bestanden<sup>9</sup>. Adressaten sind nicht vermerkt, doch war es, nach Inhalt und Zeitpunkt zu urteilen, zur Information und als Argumentationshilfe für Mielke gedacht. Eine im Aktenbestand „Sekretariat des Ministers“ überlieferte zehnteilige Kurzfassung<sup>10</sup> diente ihm vermutlich als Vortragsgrundlage in Moskau und lässt indirekt erkennen, dass Mielke die HVA-Einschätzung teilte.

### **Das MfS warnt die sowjetischen „Freunde“ und registriert Entsolidarisierungstendenzen im sozialistischen Lager**

Beide Dokumente lassen auch Anklänge an die unter der Leitung von Albert Norden erarbeitete Einschätzung aus dem ZK-Apparat erkennen. Das umfangreiche Konzeptions-Papier ist aber, im Gegensatz dazu, als eindringliche Warnung an die Sowjetunion formuliert, die mit der Neuen Ostpolitik der Sozialdemokraten verfolgten Absichten zu durchschauen und als den Versuch zu erkennen, das sozialistische Lager zu spalten, die Staaten „gegeneinander auszuspielen“, ihre „Kampfgemeinschaft“ mit der DDR zu „erschüttern“ und sie – wie die Sowjetunion – zu isolieren<sup>11</sup>. Passagenweise liest sich die Lageeinschätzung wie ein mahnender Hilferuf an die östliche Führungsmacht, etwa, wenn einleitend daran erinnert wird, dass der Genosse Leonid Breschnew zum 20. Jahrestag der DDR-Gründung unlängst versichert habe, dass die „Freundschaft zur DDR“ die „ureigenste Herzenssache des Sowjetvolkes“ sei<sup>12</sup>.

Anders als die für Westarbeit Verantwortlichen um Albert Norden sah der für die Beobachtung der Bundesrepublik zuständige Markus Wolf offenbar schon kurz nach dem Regierungswechsel in Bonn machtpolitische Gefahren, die nun

---

situationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 347. Die Beratung in Moskau fand am 16. oder 17. 11. 1969 statt; vgl. BStU, MfS, SdM (Sekretariat des Ministers) 1473, Bl. 1, und Detlef Nakath, Die Gespräche von Erfurt und Kassel 1970 und ihre internationale Dimension, in: Steffen Raßloff (Hrsg.), „Willy Brandt ans Fenster!“ Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des „Erfurter Hofes“, Jena 2007, S. 16–47, hier S. 19.

<sup>9</sup> Vgl. die auf Anfang November 1969 datierte Konzeption für Verhandlungen mit Sicherheitsorganen der UdSSR, in: BStU, MfS, ZAIG 5128, Bl. 1–88. Zu bedenken ist, dass sich der Erschließungsstand der Sachakten im Archiv der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Schmidt, Dialog über Deutschland, und Hofmann, DzD VI.1, lag die Konzeption offenbar noch nicht vor. Für ihre grundlegenden Beiträge wäre die Kenntnis des Dokuments von erheblichem Nutzen gewesen.

<sup>10</sup> Disposition für Beratung, o.D. mit handschriftlichen Ergänzungen, in: BStU, MfS, SdM 1471, Bl. 1–10.

<sup>11</sup> Ebenda, Bl. 2f.

<sup>12</sup> Konzeption für Verhandlungen mit Sicherheitsorganen der UdSSR, in: BStU, MfS, ZAIG 5128, Bl. 5. Zur Rede Breschnews am 6. 10. 1969 in Ost-Berlin vgl. Neues Deutschland vom 7. 10. 1969.

der DDR drohten, und befürchtete speziell zunehmende Entsolidarisierungstendenzen im östlichen Bündnissystem. Hervorgehoben wurden die Veränderungen in der Bonner Ostpolitik und die damit verbundenen Herausforderungen für die sozialistischen Staaten, nicht die Kontinuität der Bonner Politik. Die HVA zitierte Brandt in der von ihr verfassten Verhandlungskonzeption für Moskau mit seiner angeblichen „internen“ Ankündigung, man wolle die DDR über ihre Verbündeten „von hinten aufrollen“<sup>13</sup>. Zur Gesprächsvorbereitung hatten Wolfs Offiziere außerdem Beispiele aus den einzelnen Staaten notiert, die belegen sollten, wie die SPD/FDP-Koalition, insbesondere durch Einsatz wirtschaftlicher Mittel, politischen Einfluss zu nehmen versuche – und das nicht ohne Erfolg<sup>14</sup>. Ob Mielke und sein Stellvertreter Wolf alle Fälle in Moskau vortrugen, bleibt offen. Ihre Besorgnis aber kam in den Papieren klar zum Ausdruck. Selbst in der „SU/KpdSU“, so stand in den Unterlagen, gebe es „Kräfte“, die „nicht illusionslos“ seien gegenüber der neuen Bundesregierung<sup>15</sup>. Irritiert hatte sie u. a., dass ein (namentlich genannter) Sektorenleiter in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der KPdSU nach dem Amtsantritt Brandts geäußert habe, in Westdeutschland würden sich „ernsthafte Kräfteverschiebungen“ zeigen, in Europa seien „große Veränderungen zugunsten des Friedens und der Sicherheit im Gange“. Der sowjetische Fernseh-Chefkommentator habe verkündet, man könne die Bundesrepublik nicht länger als „Dämon“ ansehen, und die *Iswestija* es für erwähnenswert gehalten, dass Brandt nicht mehr zum „Sturz des Sozialismus in der DDR“ aufrufe.

Auffällig ist, dass Mielke und Wolf die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt für weitaus gefährlicher hielten, als sie im SED-Politbüro wahrgenommen wurde, dem Mielke noch nicht angehörte<sup>16</sup>. Besonders deutlich wird die Diskrepanz zwischen seiner Sicht und der seines früheren politischen Förderers Ulbricht. Weniger groß war sie offenbar zu dessen designiertem Nachfolger und obersten Sicherheitsverantwortlichen in der Parteiführung, Erich Honecker<sup>17</sup>.

Aus der fünfseitigen, am 17. November 1969 in Berlin gefertigten Protokollnotiz über das Moskauer Gespräch mit Andropow wird deutlich, dass der KGB-Chef trotz seines unverkennbaren Bemühens um vorsichtige, diplomatische Formulierungen wie: er spreche nur für sich selbst, kenne aber die Meinung der „führenden Genossen“ seiner Partei, die von Brandt eingeleitete Neue Ostpolitik bei weitem nicht als so bedrohlich empfand, wie sie vom MfS charakterisiert

<sup>13</sup> Konzeption für Verhandlungen mit Sicherheitsorganen der UdSSR, in: BStU, MfS, ZAIG 5128, Bl. 27.

<sup>14</sup> Ebenda, Bl. 39–43. In dem Papier wurden Beispiele aus der Presse nahezu aller europäischen Verbündeten zitiert, in denen die Zuversicht zum Ausdruck kam, der Regierungswechsel werde zu einer Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten führen.

<sup>15</sup> Ebenda, Bl. 43, auch für die folgenden Zitate.

<sup>16</sup> Der Wortlaut des im Politbüro diskutierten Norden-Papiers dürfte Mielke dennoch bekannt gewesen sein, denn es war auch zur Weiterleitung an die ZK-Mitglieder gedacht; vgl. DzD VI.1, S. 9.

<sup>17</sup> Vgl. Wentker, Außenpolitik, S. 322 f. u. S. 330.

worden war<sup>18</sup>. Wie mittlerweile bekannt, gehörte Andropow schon damals zu jenen in der sowjetischen Führung, die eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik für möglich und wünschenswert hielten<sup>19</sup>. Er unterstrich, dass es in der Bonner Politik „nicht sehr viel Neues“ gebe, fand aber, die Regierungserklärung müsse „ernsthaft beachtet“ werden, und verwies auf die darin „zum Teil enthaltenen verlockenden Gedanken“ wie auf einen objektiven Vorteil der Bundesrepublik gegenüber der DDR: Sie sei „größer und reicher“<sup>20</sup>. Wie zur Beschwichtigung fügte er nach der MfS-Aufzeichnung hinzu: Die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage, ihre Politik gegenüber der DDR sei „folgerichtig und klar“. Als Nikita Chruschtschow und Alexej Iwanowitsch Adschubej<sup>21</sup> angefangen hätten, mit Westdeutschland zu „liebäugeln“, habe das ZK das „korrigiert“ und würde das „jederzeit wieder korrigieren“. Hier gebe es „keinerlei Schwankungen“<sup>22</sup>. Dass Andropow überhaupt ein deutschlandpolitischer Alleingang der Sowjetunion in den Sinn kam, wird Mielke eher irritiert haben. Obwohl der KGB-Chef, nach der Gesprächsnotiz zu urteilen, den Gästen aus der DDR nirgendwo widersprach, konnten sie seine Antworten nicht als Bekräftigung unverbrüchlicher Solidarität empfunden haben, wie sie bei offiziellen Anlässen immer wieder bekundet worden war.

Zwei Monate später, am 9. und 14. Januar 1970, fanden in Berlin „Gespräche“ Mielkes mit dem Ersten Stellvertreter Andropows, Generaloberst Semjon Zwigun, statt, der sich als Leiter einer KGB-Delegation zu einem mehrtägigen Besuch in

<sup>18</sup> Protokollnotiz: J.W. Andropow zur Einschätzung der Lage, in: BStU, MfS, SdM 1473, Bl. 1–5, hier Bl. 2.

<sup>19</sup> Vgl. Andrey Edemskiy, Dealing with Bonn. Leonid Brezhnev and the Soviet Response to West German Ostpolitik, in: Carole Fink/Bernd Schäfer (Hrsg.), Ostpolitik 1969–1974. European and global responses, New York 2009, S. 15–38, hier S. 17–20; Detlef Nakath, Deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, S. 115; ders./Gerd-Rüdiger Stephan, Das Dreiecksverhältnis Bonn – Moskau – Ost-Berlin: Aspekte der sowjetischen Einflussnahme auf die deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1999, S. 16–18; Wjatscheslaw Keworkow, Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik, Berlin 1995, S. 46–48 u. S. 61f.

<sup>20</sup> Protokollnotiz: J.W. Andropow zur Einschätzung der Lage, in: BStU, MfS, SdM 1473, Bl. 2–4, auch für das folgende Zitat; vgl. zum Wortlaut der Notiz auch DzD VI.1, Dok. 20, S. 58–61. Die vorbereitenden MfS-Unterlagen galten bei Erscheinen der Dokumentation noch als nicht überliefert, vgl. ebenda, S. 58.

<sup>21</sup> Vgl. Daniel Kosthorst, Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964, in: VfZ 44 (1996), S. 257–293. Adschubej war der Schwiegersohn Chruschtschows.

<sup>22</sup> Protokollnotiz: J.W. Andropow zur Einschätzung der Lage, in: BStU, MfS, SdM 1473, Bl. 5. Hofmann, DzD VI. 1, Einleitung, S. XXVIII, wertet die Hinweise auf Adschubej und Chruschtschow als verklausulierte Warnung an die SED, keine eigene offensive Deutschlandpolitik zu versuchen, und glaubt, Ulbrichts Abrücken von seinen Überlegungen in dieser Richtung sei letztlich auf diese Äußerungen Andropows gegenüber Mielke zurückzuführen. Berücksichtigt man die Kernaussagen des vom MfS erarbeiteten Konzeptions-Papiers für das Gespräch mit Andropow, so erscheint diese Interpretation nicht plausibel. Der KGB-Chef wollte demnach beschwichtigen, nicht ermahnen. So auch die Einschätzung von Schmidt, Dialog über Deutschland, S. 218.

der DDR aufhielt<sup>23</sup>. An dem als „Empfang“ bezeichneten Nachmittagsprogramm des 9. Januar sollten, außer dem Minister, auch „andere leitende Genossen im MfS“ teilnehmen<sup>24</sup>. Dass auch Wolf anwesend war, ist nicht belegt. Der zweite Gesprächstermin am 14. Januar war offenbar zunächst nicht vorgesehen. Dass er stattfand, ergibt sich lediglich aus einer handschriftlichen Notiz auf dem zur Ablage bei der ZAIG bestimmten 3. Exemplar des vorbereiteten MfS-Papiers<sup>25</sup>. Nach Mielkes Gesprächsleitfaden zu urteilen, kam es ihm darauf an, seine im November 1969 in Moskau getroffene Einschätzung der SPD/FDP-Regierung durch „neue Fakten“ zu untermauern und auf die unveränderten außenpolitischen Ziele des „westdeutschen Imperialismus“ hinzuweisen, nämlich die „Zersetzung“ und „Spaltung“ der sozialistischen Staaten sowie die „Isolierung“ der Sowjetunion wie der DDR im Bündnissystem zu erreichen<sup>26</sup>. Taktisch gehe die von Brandt geführte Regierung dabei „raffinierter“ und „flexibler“ vor und bediene sich u. a. einer „Gewaltverzichtsdemagogie“<sup>27</sup>. Warnungen wie diese sind rückblickend auch als Mahnungen an die sowjetischen „Freunde“ zu verstehen, denn dem MfS war aufgrund eigener Spionageerkenntnisse bekannt, dass Moskau bereits intensiver mit der Bundesregierung über ein Gewaltverzichtsabkommen sprach, als beide Seiten verlautbaren ließen<sup>28</sup>. Selbst über den Fortgang der Verhandlungen zwischen Egon Bahr und Andrei Gromyko in Moskau konnte das MfS, gestützt auf seine Bonner „Quellen“, die SED-Spitze später mitunter detailliert informieren<sup>29</sup>.

Die Warnung vor der besonderen „Gefährlichkeit“ der sozialdemokratischen Ostpolitik stand im Februar 1970 offenbar erneut im Mittelpunkt eines Treffens mit führenden KGB-Vertretern in Berlin<sup>30</sup>, und sie war Thema mehrerer von der HVA entworfener Informationen für die SED-Führung, von denen aber nur eine – für die Parteioberen eher erfreuliche – über die Diskussion des Kasseler Treffens zwischen Brandt und Stoph in der SPD-Bundestagsfraktion von Mielke weitergeleitet wurde<sup>31</sup>.

<sup>23</sup> Der Besuch fand vom 5.–15. 1. 1970 statt. Zum Besuchsprogramm im einzelnen BStU, MfS, SdM 1432, Teil 1, Bl. 99–122.

<sup>24</sup> Ebenda, Bl. 102.

<sup>25</sup> Hinweise für ein Gespräch des Genossen Minister mit führenden Vertretern der sowjetischen Sicherheitsorgane am 9. 1. 1970 u. am 14. 1. 1970, in: BStU, MfS, ZAIG 5130, Bl. 1–21, hier Bl. 1. Das 1. Exemplar mit offenbar von Mielke stammenden handschriftlichen Notizen diente ihm wahrscheinlich als Gesprächsgrundlage; vgl. BStU, MfS, SdM 1432, Teil 1, Bl. 68–88.

<sup>26</sup> Ebenda, Bl. 68.

<sup>27</sup> Ebenda, Bl. 69f.

<sup>28</sup> Vgl. Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 264, und Wolf, *Spionagechef*, S. 247.

<sup>29</sup> Information 342/70 v. 30. 3. 1970 über die westdeutsch-sowjetischen Gespräche im Februar 1970 in Moskau, in: BStU, MfS, HVA 163, Teil 2, Bl. 270–282. Der Bericht ging u. a. an Ulbricht, Honecker und Stoph, entgegen üblicher HVA-Praxis aber nicht an den KGB.

<sup>30</sup> Disposition für Vortrag vor den sowjetischen Genossen zum 20. Jahrestag des MfS am 9. 2. 1970, in: BStU, MfS, SdM 1432, Teil 2, Bl. 351–358.

<sup>31</sup> Information 247/70 o.D. (März 1970) über Vorstellungen, neue Aspekte, Formen und Methoden des Vorgehens des westdeutschen Imperialismus und der SPD-Führung gegen die sozialistischen Länder, in: BStU, MfS, SdM 1473, Bl. 285–298; Information 253/70 o.D. (März 1970) über einige Aspekte der Haltung und Absichten der westdeutschen Bundesregierung zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, in: BStU, MfS, HVA 162,

## **Das MfS bleibt hartnäckig: Warnungen und kritische Anfragen an den „großen Bruder“**

Wenige Wochen vor der Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im August 1970 erreichten die Warnungen des MfS nach Aktenlage ihren Höhepunkt. Im Juni kam es zu einem erneuten Treffen der Spitzen von MfS und KGB, offenbar in Berlin. Die HVA hatte, vermutlich wiederum für Mielke zur Gesprächsvorbereitung, eine ausführliche „Konzeption“ entworfen, der auch (nicht überlieferte) „Hinweise aus internen Informationen aus dem westlichen Operationsgebiet über einige Vorgänge in sozialistischen Ländern“ beigefügt waren<sup>32</sup>. Da die MfS-Vertreter im Vortragsmanuskript ausdrücklich ihr Interesse bekundeten, die „Vorstellungen des Vorsitzenden zur Vorbereitung der Beratung der Aufklärungsorgane zu hören“<sup>33</sup>, wird Andropow einer der avisierten sowjetischen Vertreter gewesen sein. Eine Teilnehmerliste ist aber nicht überliefert. Inhaltlich ging es explizit um die Fortsetzung der im November 1969 in Moskau geführten bilateralen Beratungen<sup>34</sup>. Auch aus diesem Grund wird vermutlich Markus Wolf wieder teilgenommen haben. Dafür spricht überdies, dass erneut aus der Bundesrepublik gewonnene Erkenntnisse die MfS-Verhandlungskonzeption durchzogen. Die DDR-Vertreter beabsichtigten anscheinend, ihren Informationsvorsprung gegenüber den Moskauer Tschekisten auf diesem Gebiet zu nutzen und sich einen taktischen Vorteil zu verschaffen: Wenn Mielke und Wolf zitierten, wie Mitglieder der Bundesregierung ihre politischen Absichten „intern“ offenbart hätten, konnten die Gäste das schwerlich in Zweifel ziehen, lagen ihnen doch genügend Belege dafür vor, dass die Informationskanäle des MfS bis in die politischen Schaltstellen in Bonn reichten.

Mielke wollte, nach der Konzeption zu urteilen, mit dem Hinweis beginnen, dass sich seine Einschätzungen vom November als „richtig“ erwiesen hätten, das MfS wolle jetzt über „neue Erscheinungen und Tendenzen“ informieren<sup>35</sup>. Hauptziel der SPD bleibe die „Sozialdemokratisierung der sozialistischen Staaten und

Bl. 252–258, und Information 622/70 v. 23. 6. 1970 über die Diskussion der westdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion am 25. 5. 1970, die u. a. an Ulbricht, Honecker, Stoph, Norden und Lamberz ging, in: BStU, MfS, HVA 167, Teil 2, Bl. 247–252.

<sup>32</sup> Konzeption (Thesen) für Verhandlungen mit führenden Vertretern der Sicherheitsorgane der UdSSR am [handschriftlich nachgetragen: Juni 1970], in: BStU, MfS, ZAIG 5131, Bl. 42–72. Das Dokument ist in einer um weitere Tagesordnungspunkte ergänzten Fassung auch in Unterlagen des Sekretariats von Minister Mielke überliefert; vgl. BStU, MfS, SdM 1432, Teil 2, Bl. 371–444. Bei den weiteren Beratungspunkten handelte es sich u. a. um Probleme der Kooperation beider Geheimdienste in Entwicklungsländern. Eine genauere Eingrenzung des Gesprächstermins war, auch gestützt auf diese Unterlagen, nicht möglich.

<sup>33</sup> Konzeption (Thesen) für Verhandlungen mit führenden Vertretern der Sicherheitsorgane der UdSSR am [handschriftlich nachgetragen: Juni 1970], in: BStU, MfS, ZAIG 5131, Bl. 54. Gemeint ist wahrscheinlich die für Dezember 1970 in Budapest geplante Beratung der Aufklärungsdienste aus Staaten des Warschauer Pakts.

<sup>34</sup> Vgl. Dokument im Anhang, S. 422.

<sup>35</sup> Ebenda.

kommunistischen Parteien“<sup>36</sup>. Es gehe ihr darum, den „Status quo in Europa zu verändern“, sie sei zur „direkten Verbündeten“ der westdeutschen „Imperialisten“ geworden<sup>37</sup>. Brandt und Herbert Wehner hätten „intern“ betont, es gelte, den „Sozialdemokratismus“ zu einer „Epidemie“ in der kommunistischen Bewegung werden zu lassen und „Kommunisten für [die] ‚Überwindung des Kommunismus‘ zu gewinnen“<sup>38</sup>. Die SPD spekuliere auf die Existenz „revisionistischer Kräfte“ und „antisozialistischer Erscheinungen, Vorstellungen, Entwicklungen“ in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten, es gehe ihr insbesondere darum, die „stärkste Macht des Sozialismus“ zu „schwächen“, so die geplante Gesprächsdramaturgie der DDR-Tschekisten<sup>39</sup>. Dokumente aus dem „Operationsgebiet“ belegten, dass die SPD-Führung über Erkenntnisse aus den sozialistischen Staaten verfüge, die sie offenbar zuversichtlich stimmten. Selbst in „führenden Kreisen“ sozialistischer Länder, so habe das MfS, darauf gestützt, festgestellt, gäbe es „Illusionen“ über die politischen Absichten der Sozialdemokraten um Willy Brandt<sup>40</sup>.

Die „Westpresse“ spiele „Spekulationen“ auch „im Hinblick auf die Haltung der UdSSR“ hoch, so das vorgeschobene Argument der MfS-Emissäre, sie fragten sich deshalb: „Wird in [der] UdSSR Brandts Friedens- und Entspannungsdemagogie richtig beurteilt?“ Werde immer „richtig“ erkannt, „daß Brandts sogen[annte] Entspannungspolitik“ in erster Linie darauf ziele, dem „westdeutschen Imperialismus größeren außenpolitischen Handlungsspielraum für [die] Durchsetzung der antisozialistischen politischen Konzeption zu verschaffen?“<sup>41</sup> Als „Beispiel“ folgte der Hinweis, dass laut Agence France Presse Gromyko während seines Frankreich-Besuchs<sup>42</sup> erklärt habe, die „Brandt/Scheel-Regierung“ sei „realistischer“ als ihre Vorgängerinnen. Ihre Haltung zeige, dass sie „die Realitäten anerkenne, besonders die Grenzen; dadurch würden Fortschritte möglich usw.“<sup>43</sup> Die Spekulationen über die Haltung der UdSSR gegenüber Bonn steigerten sich in letzter Zeit „maßlos“, vor allem im Zusammenhang mit den „westdeutsch-sowjetischen Gesprächen über [eine] Gewaltverzichtsvereinbarung“.

Dem MfS liege der geheim beschaffte Bonner Entwurf eines Gewaltverzichtsabkommens mit der Sowjetunion vor, in dem „wesentliche Forderungen“ der sozialistischen Verbündeten „ignoriert“ würden<sup>44</sup>. Den wolle die Bundesregierung zur Grundlage für weitere Verhandlungen mit der UdSSR machen, so die MfS-Vertreter in diesem Vorbereitungspapier empört. Taktisches Ziel der Ostpolitik sei es, durch Verhandlungen in Moskau und Warschau die DDR im eigenen La-

<sup>36</sup> Ebenda, S. 423.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 425 f.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 427.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 428.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 429.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 430.

<sup>42</sup> Der Besuch fand in der 1. Juniwoche 1970 statt.

<sup>43</sup> Dokument im Anhang, S. 430, auch für die folgenden Zitate.

<sup>44</sup> Ebenda. Wie Markus Wolf später berichtete, hatte die HVA den Entwurf über eine „Quelle“ in der FDP-Spitze, vermutlich von William Borm, erhalten und an die SED-Führung weitergeleitet. Vgl. Wolf, Spionagechef, S. 253.

ger zu isolieren, bzw. sie „in die Ecke“ zu drängen, wie die Minister Egon Franke und Walter Scheel es „intern“ formuliert hätten<sup>45</sup>. Es fehle in dem Entwurf die Bereitschaft „zur Anerkennung des Status quo in Europa“, insbesondere zur „völkerrechtlichen Anerkennung der DDR“<sup>46</sup>. Welchen Wert habe aber eine solche Vereinbarung, wollten Mielke und Wolf fragen, „wenn [der] westdeutsche Imperialismus“ nicht die „Endgültigkeit der Nachkriegsgrenzen und der darauf basierenden Realitäten“ anerkenne<sup>47</sup>. Bonn spreche nur von „Respektierung“. Das dürfe „wohl kaum als verbindliche völkerrechtliche Garantie“ anzusehen sein. Die Bundesregierung behauptete, die UdSSR sei bereit, ihre „These des Selbstbestimmungsrechts“ hinzunehmen. Damit sei aber „stets die Restauration der Macht des Monopolkapitals in der DDR“ gemeint. Bonn verkünde zudem, die UdSSR werde ihre Option der „Wiedervereinigung Deutschlands“ akzeptieren. Das stelle ebenfalls nur die „Verschleierung des Zieles einer Annexion der DDR“ dar.

Die SPD/FDP-Koalition erwecke nun den Eindruck, auf dieser Basis schon bald Verhandlungen mit der UdSSR beginnen zu wollen. Das MfS leitete daraus die Fragen ab: „Welche Haltung wird seitens der UdSSR zu diesen Problemen bezogen? Werden diese Absichten Bonns erkannt und wie sollen sie durchkreuzt werden?“ Brandt messe, wie dem DDR-Geheimdienst bekannt geworden sei, einer Übereinkunft mit der Sowjetunion große Bedeutung für die Fortsetzung seiner Ostpolitik „gegen“ andere sozialistische Staaten bei<sup>48</sup>. In diesem Zusammenhang wäre es „interessant zu erfahren“, mit welcher „Begründung und Zielsetzung“ am 15. und 16. Juni 1970 in Moskau und Leningrad mit „Aufweichspezialisten“ des „Bergedorfer Gesprächskreises“<sup>49</sup> (namentlich genannt wurden u. a. Günter Grass, Rüdiger Altmann, Gräfin Dönhoff, Rudolf Augstein) diskutiert worden sei. Zudem frage man sich, welche Wirkung sich die sowjetischen Genossen davon versprechen, wenn eine repräsentative Gewerkschaftsdelegation in die Bundesrepublik reise<sup>50</sup>, um über eine „Zusammenarbeit“ mit dem DGB zu sprechen und sich mit Bundespräsident Heinemann „groß“ fotografieren lasse (ein Pressefoto lag dem Manuskript bei). „Welche politischen Einschätzungen der UdSSR liegen diesen Maßnahmen zugrunde?“<sup>51</sup>, so eine der abschließenden Fragen in der Gesprächskonzeption.

Auffällig ist, dass die beabsichtigten Nachfragen im Ton passagenweise zwischen Verhör und Anklage schwankten. Von einem hierarchischen Gefälle zwischen beiden Sicherheitsdiensten ist in der Verhandlungskonzeption des MfS

<sup>45</sup> Dokument im Anhang, S. 443.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 430.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 431, auch für die folgenden Zitate.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 431, auch für die folgenden Zitate.

<sup>49</sup> Überparteiliches Forum, in dem Politiker und Experten in kleiner Runde über Fragen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik diskutierten. Vgl. zum Verlauf der Reise die Berichte in: Die Zeit vom 26. 6. 1970, S. 4, sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 6. 1970, S. 3.

<sup>50</sup> Der Besuch fand vom 25. 5.–2. 6. 1970 statt.

<sup>51</sup> Dokument im Anhang, S. 432.

kaum etwas zu spüren<sup>52</sup>. Ob die vorformulierten Fragen auch so gestellt wurden, ist nicht ersichtlich, doch deuten handschriftliche Vermerke im Manuskript darauf hin, dass es als Berichtsgrundlage gedient hat. Da die Seiten oft mit unvollständigen Sätzen beschrieben sind, zwischen denen viel Platz ist, wäre das zeitlich durchaus möglich gewesen. Leider ist die Reaktion der KGB-Vertreter in den Stasi-Unterlagen wiederum nicht überliefert. Unverkennbar ist aber, dass der DDR-Staatssicherheitsdienst überrascht und alarmiert war von dem sich immer deutlicher anbahnenden Wandel in den westdeutsch-sowjetischen Beziehungen. Sein wichtigstes Feindbild war in Auflösung begriffen, und den bisher verlässlichen „Freunden“ schienen die deutschlandpolitischen Interessen der Bundesregierung wichtiger zu sein als die der SED. Zu vermuten, aber nicht zu belegen ist, dass die von Mielke vorbereiteten kritischen Anfragen mit Ulbricht abgestimmt waren, der vielleicht sogar nach einem Weg suchte, Irritationen über die sowjetische Deutschlandpolitik in Moskau zur Sprache zu bringen, ohne sich selbst an die Verantwortlichen dort wenden zu müssen. Die Anfragen des MfS wären dann als solche der DDR-Führung zu lesen und die zitierten Stasi-Unterlagen gewöhnen noch an historiografischer Bedeutung. Dass die SED-Spitze nicht darüber informiert war, was Mielke in Moskau vortragen wollte und wie die Gespräche mit dem in engem Kontakt zu Breschnew stehenden KGB-Chef verliefen, erscheint ausgeschlossen<sup>53</sup>. Für ein mit der SED-Führung abgestimmtes Vorgehen Mielkes bei diesen Beratungen mit Andropow spricht auch die einleitende Bemerkung im vorbereitenden Manuskript des MfS für das Treffen des Ministers mit dem Stellvertreter Andropows, Zwigun, am 9. Januar 1970 in Berlin, in der darauf hingewiesen wird, dass von der SED-Führung die „große Bedeutung“ des Besuches „gewürdigt“ werde<sup>54</sup>.

### Warnungen ohne Wirkung:

#### Das Moskauer Gewaltverzichtsabkommen vom 12. August 1970

Wenige Wochen später musste die MfS-Führung erkennen, dass ihre Warnungen ohne Wirkung geblieben waren. Am 12. August unterschrieben Brandt und Alexei Kossygin in Moskau das Gewaltverzichtsabkommen zwischen beiden Ländern.

<sup>52</sup> Ähnlich streitbereit gegenüber der KGB-Führung zeigte sich Mielke im Frühjahr 1989; vgl. Walter Süß (Hrsg.), Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, Berlin 1993; vgl. auch Mielkes geringschätzigste Bemerkungen zu Glasnost und Perestroika auf der offiziellen Feier seines 80. Geburtstages am 28.12.1987. Den (nicht anwesenden) sowjetischen Botschafter bezeichnete er dort despektierlich als „Hohen Kommissar“. Stenographische Mitschrift des MfS, in: BStU, MfS, ZAIG 4600, Bl. 67.

<sup>53</sup> Auch Hofmann, DzD VI. 1, Einleitung, S. XXVIII, geht davon aus, dass Ulbricht über das, was Mielke mit Andropow besprach, unterrichtet war, folglich auch die sowjetischen Reaktionen kannte und bei der Wahl seiner Taktik gegenüber der KPdSU-Führung mit berücksichtigte.

<sup>54</sup> Hinweise für ein Gespräch des Genossen Minister mit führenden Vertretern der sowjetischen Sicherheitsorgane am 9.1.1970 u. am 14.1.70, in: BStU, MfS, ZAIG 5130, Bl. 1–21, hier Bl. 1.

Die sowjetische Führung bestätigte inhaltlich zwar die von der MfS-Spitze wiederholt formulierte negative Einschätzung der von der Bundesregierung verfolgten Ost- und Deutschlandpolitik und verpflichtete die SED, ihre Abgrenzungspolitik zur Bundesrepublik beizubehalten, bekannte sich aber demonstrativ zu dem Vertrag, der insbesondere die von der SED seit langem für unverzichtbar erklärte „völkerrechtliche Anerkennung“ der DDR durch die Bundesrepublik nicht enthielt. Ein Präjudiz für die folgenden Verträge war geschaffen<sup>55</sup>.

Das MfS hielt die Reaktionen der DDR-Bevölkerung darauf in mehreren Ausarbeitungen fest. Sie lesen sich wie Berichte über eine folgenschwere politische Niederlage der DDR-Führung und gaben nicht nur die Meinungen systemkritischer Minderheiten, sondern häufig von „breiten Teilen unserer Bürger“<sup>56</sup>, also vermutlich auch von vielen SED-Mitgliedern, wieder. Mielke leitete nur den ersten Bericht vom 24. August 1970 an die Parteispitze weiter, er übergab dabei bereits den politisch geschwächten Ulbricht und bedachte nur Honecker und Lamberz. Sie bekamen nun allerhand zu lesen wie: Man habe es mit einer „neuen sowjetischen Politik“ zu tun. Der Vertrag „passe nicht in das Konzept der DDR“, die aber sei nun zu „Kompromissen“ gegenüber der Bundesrepublik „gezwungen“. In „allen Schichten der Bevölkerung“ mehrten sich Vorbehalte gegenüber der Deutschlandpolitik der SED, die speziell von ihrer „Primärforderung“ nach völkerrechtlicher Anerkennung abgehen sollte.

Eine für Mielke bestimmte ergänzende Ausarbeitung seiner Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)<sup>57</sup> vom 28. September gab nur die Reaktionen „leitende[r] und profilierte[r] Wissenschaftler“ wieder, die besorgt waren, die Sowjetunion werde zukünftig bevorzugt den wissenschaftlichen Austausch mit der Bundesrepublik pflegen, und Anhaltspunkte dafür nannten<sup>58</sup>. Der Bericht en-

<sup>55</sup> Vgl. zur doppelgleisigen Politik Breschnews gegenüber der SED in diesen Monaten insbesondere Schmidt, *Dialog über Deutschland*, S. 263–265; Mary Elise Sarotte, *Dealing with the devil. East Germany, Detente, and Ostpolitik, 1969–1973*, Chapel Hill/London 2001, S. 32–36 u. S. 67–71; Wolf, *Spionagechef*, S. 246 f.; Notizen Honeckers über die Besprechung der Führungen von SED und KPdSU am 2. 12. 1969 in Moskau und über seine Gespräche mit Breschnew am 28. 7. 1970 und 20. 8. 1970, in: *DzD VI.1*, Dok. 33, 167 u. 191, S. 95–98, S. 669–672 u. S. 757–760.

<sup>56</sup> Information 863/70 o.D. (24. 8. 1970) über die Reaktion der Bevölkerung der DDR auf den Abschluss des Vertrages UdSSR–BRD und die Reise von Brandt nach Moskau, in: *BStU, MfS, ZAIG 1844*, Bl. 1–17, hier Bl. 1. Die Information 863/70 ist auch Quelle der folgenden Zitate.

<sup>57</sup> Information 1012/70 v. 28. 9. 1970 über die Reaktion der Bevölkerung der DDR auf den Abschluss des Vertrages UdSSR–BRD mit angefügten Hinweisen, in: *BStU, MfS, ZAIG 1844*, Bl. 18–30.

<sup>58</sup> Ebenda, insbesondere Bl. 23–30. Ein „leitender Wissenschaftler“ wurde dort mit der Äußerung zitiert, der Abschluss des Moskauer Vertrages sei eine „unangenehme Geschichte“, es sei zu hoffen, dass der Bundestag den Vertrag nicht ratifiziere (Bl. 24). Besondere Beachtung hatte der Besuch einer von Minister Leussink angeführten Wissenschaftler-Delegation in Moskau erfahren, der im September 1970 stattgefunden hatte und ein großes Kooperationsinteresse der Sowjetunion gerade auf diesem Gebiet erkennen ließ. Die HVA informierte die SED-Führung über den sehr positiven Bericht, den der Minister nach seiner Rückkehr in Bonn erstattet habe und über die Reaktion der US-Regierung, die irritiert gewesen sei, weil kein entsprechender Besuch in den USA vorausgegangen sei; Information 1268/70 v.

dete mit dem zusammenfassenden Satz: „Die Aufrichtigkeit der Beziehungen der UdSSR zur DDR werden [sic] in Zweifel gestellt.“<sup>59</sup> Mielke wird ähnlich gedacht haben, entsprach dem Vorschlag seiner ZAIG-Offiziere aber nicht, das Papier „einem weiteren Kreis von Mitgliedern des Politbüros“ zur Kenntnis zu geben<sup>60</sup>. Er behielt es für sich<sup>61</sup>.

### Eine letzte Initiative der HVA

Kämpferischer verhielt sich HVA-Chef Markus Wolf. Auch nach dem Abschluss des Gewaltverzichtsabkommens zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gab er den Versuch nicht auf, über den, aus seiner Sicht, aggressiven und insbesondere für die DDR gefährlichen Charakter der neuen Bonner Ost- und Deutschlandpolitik zu informieren und die Entscheidungsträger im eigenen Land zu warnen. Im September 1970, so die handschriftliche Datierung, legte die HVA MfS-intern eine 74 Seiten umfassende „Ausarbeitung“ vor, die, so stand es in der vorangestellten sechsseitigen Erläuterung, „möglicherweise einem weiteren Kreis von Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros zur Verfügung gestellt werden“ könne, „wenn es für zweckmäßig erachtet“ werde. Adressat dieser Bitte war Minister Mielke, der nun, wie üblich, zu entscheiden hatte, was mit dem HVA-Entwurf der Information 976/70 über „aktuelle Entwicklungsrichtungen und -tendenzen des Vorgehens der SPD/FDP-Regierung gegen die europäischen sozialistischen Staaten, besonders die DDR“ geschehen sollte<sup>62</sup>. Die ZAIG, über deren Schreibtische solche Entwürfe stets gingen, konnte nur bei Inlandsmeldungen entscheiden, ob sie daraus einen Informations-Entwurf machte und dem Minister vorlegte. Bei von der HVA erarbeiteten Berichten fungierte sie nur als buchführende Durchleitungsinstanz<sup>63</sup>. Faktisch bestimmte allein Markus Wolf, welche Informationen aus seinem Zuständigkeitsbereich dem Minister zur Weitergabe an die Parteispitze zugeleitet wurden. Er hatte an zehn Adressaten gedacht, wie dem handschriftlichen Eintrag auf dem Deckblatt des Entwurfs zu entnehmen war<sup>64</sup>.

Etwas dramatisierend nannte die HVA als Grund für ihre Ausarbeitung, dass es darum gehe, auf „neue Tendenzen der unmittelbaren Feindtätigkeit“ hinzuwei-

9. 12. 1970 über die westdeutsche Einschätzung der Reise einer Wissenschaftler-Delegation unter der Leitung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Leussink, in die Sowjetunion, in: BStU, MfS, HVA 175, Bl. 176–182, und Information 1146/70 v. 31. 10. 1970 über die Haltung der westdeutschen Diplomaten in den USA zur Außenpolitik der Bundesregierung, in: BStU, MfS, HVA 174, Teil 2, Bl. 321 f. Beide Berichte gingen auch an den KGB.

<sup>59</sup> Information 1012/70 v. 28. 9. 1970 über die Reaktion der Bevölkerung der DDR auf den Abschluss des Vertrages UdSSR–BRD mit angefügten Hinweisen, in: BStU, MfS, ZAIG 1844, Bl. 30.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Vgl. den (nicht erweiterten) Verteiler des Berichts, in: Ebenda, Bl. 18.

<sup>62</sup> BStU, MfS, ZAIG 5319, Bl. 1–82.

<sup>63</sup> Vgl. Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009, S. 7.

<sup>64</sup> Entwurf der Information 976/70, in: BStU, MfS, ZAIG 5319, Bl. 8.

sen<sup>65</sup>. Sie habe sich darauf beschränkt, nur solche Informationen zusammenzufassen, die aus „maßgeblichen Regierungs- und Parteikreisen“ in Bonn stammten und die „eigentliche Zielsetzung der Ost- und Deutschland-Politik“ erkennen ließen. Immer deutlicher sei festzustellen, dass man es mit einem „umfassenden System der Feindtätigkeit“ zu tun habe. Bei der Auswahl hätten sich die Offiziere „ausschließlich von wesentlichen Gesichtspunkten der Sicherheit der DDR“ leiten lassen und auf Material beschränkt, das „in der letzten Zeit“ beschafft worden sei<sup>66</sup>. Zu einer „noch umfassenderen Einschätzung“ müsse es mit herangezogen werden. Eine Würdigung des Moskauer Gewaltverzichtsabkommens umging die HVA mit der Bemerkung, sie habe „positive Aspekte der Haltung der SPD/FDP-Regierung (u. a. im Zusammenhang mit dem sowjetisch-westdeutschen Vertrag)“ nicht berücksichtigt, da das Material sonst „zu umfangreich“ geworden wäre. Doch hätte sich „an der Grundaussage über die reaktionären Absichten“ der Bundesregierung gegenüber den sozialistischen Staaten „nichts geändert“<sup>67</sup>. Bonn hoffe, „insbesondere den sowjetisch-westdeutschen Vertrag“ in diesem Sinne „missbrauchen“ zu können<sup>68</sup>. Die präsentierten Fakten bewiesen, dass sie den Status quo in Europa nur respektiere, um ihn überwinden zu können. An ihren „Kriegsvorbereitungen“ habe sie keine Abstriche vorgenommen. Zudem bestreite sie, die „Unantastbarkeit der Grenzen“ verbindlich anerkannt zu haben. Das Ziel der „Annexion der DDR“ und der „Vernichtung des Sozialismus“ bestünde fort, verborgen hinter „Parolen“ wie „Einheit der Nation“, „Wiedervereinigung“ und „Selbstbestimmung“. Die sozialliberale Regierung wolle die „Alleinvertretungsmaßnahme“ nicht aufgeben und die DDR zum Nachgeben „zwingen“<sup>69</sup>.

Im Tenor entsprach, was die HVA in dieser Information für die Parteiführung zusammengetragen hatte, folglich den Warnungen, die in früheren MfS-Papieren zur Vorbereitung von Gesprächen mit dem KGB aufgelistet worden war, doch handelte es sich nicht um ein bereits früher entstandenes HVA-Dokument. Die Argumente waren aktualisiert und speziell auf die Adressaten im Politbüro zugeschnitten worden. Diese konnten sich kaum unbeeindruckt zeigen von der Fülle der Äußerungen von Bonner Entscheidungsträgern, die diese etwa auf der NATO-Ministerratstagung Ende Mai in Rom, in vertraulichen Gesprächen mit deutschen und ausländischen Politikern oder gegenüber Funktionären der eigenen Parteien getan hatten und von denen die HVA über ihre Westagenten erfahren hatte.

Unklar bleibt, was Wolf damit in der SED-Führung erreichen wollte, nachdem das Moskauer Abkommen längst unterzeichnet war. Glaubte der Spionagechef, auch die SED-Führung um Walter Ulbricht habe die „wahren“ Absichten der Bonner Außen- und Deutschlandpolitik nicht durchschaut und die Gefahren der von den Sozialdemokraten entwickelten Entspannungspolitik für die DDR nicht erkannt? Hoffte er, sie noch rechtzeitig alarmieren zu können? Das wäre in Be-

<sup>65</sup> Ebenda, Bl. 1, auch für die beiden folgenden Zitate.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 2, auch für das folgende Zitat.

<sup>67</sup> Ebenda, Bl. 3.

<sup>68</sup> Ebenda, Bl. 4, auch für die folgenden Zitate.

<sup>69</sup> Ebenda, Bl. 5.

zug auf Erich Honecker, den neuen starken Mann in der Parteiführung, nicht erforderlich gewesen, denn der hatte schon im August 1970 gegenüber Breschnew scharfe Kritik am Vertragsabschluss geäußert<sup>70</sup>, und Ulbricht hatte die sowjetischen „Freunde“ seine Enttäuschung zumindest deutlich spüren lassen<sup>71</sup>. Doch das dürfte Wolf nicht bekannt gewesen sein. Wollte er bewirken, dass sich die SED-Verantwortlichen bei den bald wieder anstehenden Verhandlungen mit der Bundesregierung konsequent auf die Interessen der DDR, wie er sie sah, konzentrierten und nicht bruchlos der sowjetischen Deutschlandpolitik folgten? Auf ein solches Motiv deuten provozierend wirkende Berichtspassagen hin, in denen führende Bonner Politiker mit „internen“ Äußerungen zitiert werden: Man erwarte nach den Moskauer Verhandlungen einen „modulierenden [!] Einfluss“ der Sowjetunion auf die DDR<sup>72</sup>, es gehe darum, der DDR durch die Ostpolitik „ständig neue Schwierigkeiten im eigenen Lager zu bereiten“<sup>73</sup>.

Augenfällig ist das taktische Kalkül Wolfs, mit drastischen Zitaten und Argumenten den Entscheidungsprozess im Politbüro zu beeinflussen. So stand in dem Bericht zu lesen, die HVA wisse von einem Auftrag des Bundeskanzleramtes an den BND, „eine Liste aller Mitglieder und Kandidaten des ZK der SED“ anzufertigen, „auf die sich die Bundesregierung bei der Durchsetzung ihrer Ziele stützen könne“. Die Aufstellung solle all jene aufführen, „die nicht bereit seien, im Grundsatz alle Argumente der Sozialdemokratie abzulehnen“<sup>74</sup>. Wer wollte schon riskieren, womöglich bei nächster Gelegenheit von der HVA als jemand genannt zu werden, der auf der „BND-Liste“ stehe? Einem gut informierten, kritischen Leser hätte freilich auch auffallen müssen, dass die meisten HVA-Zitate nichts gänzlich Neues enthielten. Ähnlich hatten sich die Bonner Politiker auch öffentlich geäußert<sup>75</sup>.

Bei Mielke müssen letztlich die Bedenken gegenüber der späten Informationsinitiative überwogen haben. Der Bericht ging nicht heraus<sup>76</sup>. Die zehn bereits zur Weitergabe vorbereiteten Exemplare habe man vernichtet, notierten die Offiziere der ZAIG handschriftlich auf dem 11. Exemplar, das zur Ablage im ZAIG-Bestand blieb und heute das einzige überlieferte ist<sup>77</sup>. Ob Mielke Wolf darüber informierte, ist ebenso wenig dokumentiert wie eine Begründung für diesen Beschluss.

<sup>70</sup> So die Aussage von Valentin Falin in einem Gespräch mit Mary Elise Sarotte 1997; vgl. dies., *Dealing with the devil*, S. 71.

<sup>71</sup> Vgl. Schmidt, *Dialog über Deutschland*. S. 246, und DzD VI.1, S. 757, zur demonstrativen Abwesenheit Ulbrichts auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten am 20. 8. 1970 in Moskau, auf der es um die Politik gegenüber der Bundesrepublik nach Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens mit der Sowjetunion ging.

<sup>72</sup> So soll sich Brandt im Juni 1970 in einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik der SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen geäußert haben; Entwurf der Information 976/70, in: BStU, MfS, ZAIG 5319, Bl. 26. Hier liegt möglicherweise ein Schreibfehler vor. Gemeint sein könnte auch ein moderierender Einfluss.

<sup>73</sup> So angeblich Wehner, in: Ebenda.

<sup>74</sup> Ebenda, Bl. 81.

<sup>75</sup> Vgl. Werner Link, *Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien*, in: VfZ 49 (2001), S. 295–315, hier S. 313.

<sup>76</sup> Handschriftlichen Vermerk im ZAIG-Berichtsverzeichnis, in: BStU, MfS, ZAIG 14386, Bl. 273.

<sup>77</sup> BStU, MfS, ZAIG 5319, Bl. 8.

Wahrscheinlich waren dem in seiner Berichtspolitik gegenüber dem Politbüro zur Vorsicht neigenden Mielke die politischen Folgewirkungen der Information 976/70 zu riskant. Vielleicht hatte er sich auch vorab mit Ulbricht oder dem für Sicherheit zuständigen ZK-Sekretär Honecker beraten, stellte das HVA-Papier doch indirekt eine fundamentale Kritik am Abschluss des Moskauer Vertrages durch die sowjetischen „Freunde“ dar. Diese Kritik mochte eine Mehrheit der Politbüromitglieder teilen. An einer Debatte im obersten Führungszirkel der Partei dürfte aber kaum jemand interessiert gewesen sein, zumal unübersehbar war, dass der KPdSU-Führung der Vertragsabschluss besonders wichtig war, obwohl sie die Interessenlage ihrer ostdeutschen Verbündeten kannte. Ulbricht hatte sich verbal längst der deutschlandpolitischen Linie der KPdSU angepasst und den Vertrag auf einer Konferenz der Spitzen beider Parteien am 21. August 1970 in Moskau als „wichtig für die innere Festigung der DDR“ gewürdigt<sup>78</sup>. Taktisch hatte Breschnew zudem mit seiner doppelgleisigen Deutschlandpolitik vorgebeugt und die SED in diesen Monaten stets zu deutlicher Abgrenzung von den Initiativen der Regierung Brandt/Scheel aufgefordert. Markus Wolf, der eigentlich die „Kunst der Verstellung“<sup>79</sup> schätzte, kritisierte das rückblickend scharf<sup>80</sup>.

### Das MfS passt sich an

Mielkes Entscheidung, die Information 976/70 nicht weiterzuleiten, markierte einen Wendepunkt in der Haltung des MfS gegenüber der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik. Der Wandel zeigte sich am deutlichsten im Dezember 1970 auf einer Konferenz der „Aufklärungsorgane“ der Warschauer-Pakt-Staaten in Budapest<sup>81</sup>. Das von der MfS-Delegation dort vorgetragene Referat war offenbar schon im Entwurfsstadium dem KGB zur Stellungnahme zugeleitet und dann von dort mit detaillierten, auf einzelne Seiten bezogenen Veränderungsvorschlägen wieder zurückgegeben worden. Aufgelistet waren Ergänzungen, Streichungen, vor allem aber inhaltlich-argumentative Änderungen zum Teil mit begrifflichen Vorgaben. Der MfS-Entwurf ist nicht überliefert, wohl aber die Liste der Moskauer Änderungswünsche<sup>82</sup> und das Manuskript des für Budapest bestimmten – wahrscheinlich von Markus Wolf vorgetragenen – Referates<sup>83</sup>.

<sup>78</sup> Vermerk zur Gemeinsamen Besprechung der Delegationen der ZK der SED und der KPdSU am 21. 8. 1970 in Moskau, in: Dzd VI. 1, Dok. 192, S. 761–765, hier S. 765.

<sup>79</sup> Vgl. Markus Wolf, *Die Kunst der Verstellung: Dokumente, Gespräche, Interviews*, Berlin 1998.

<sup>80</sup> Vgl. Wolf, *Spionagechef*, S. 245–247.

<sup>81</sup> Ein genaues Datum der Konferenz ließ sich nicht ermitteln. Wie sich aus den Texten indirekt ergibt, muss sie nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen am 7. 12. 1970 stattgefunden haben.

<sup>82</sup> „Stellungnahme“ o.D., in: BStU, MfS, SdM 355, Bl. 4–13. Die Stellungnahme ging auf die Seiten 2–31 des „Materials“ ein.

<sup>83</sup> Beitrag der Delegation des MfS der DDR für die Beratung der Aufklärungsorgane in Budapest, Dezember 1970, in: Ebenda, Bl. 23–45. Das Manuskript ist mit der in der HVA verwendeten Schrifttype geschrieben. Schon allein die Überlieferung im Bestand Sekretariat des Ministers verweist darauf, dass der Text auch durch Mielkes Hände gegangen sein dürfte.

Inhaltliche Kernpunkte der Moskauer Änderungswünsche waren, die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen „positiv [zu] werten“ und dabei „partei-offizielle Argumentationen“ zu verwenden. Die „grundsätzlichen Einschätzungen“ der KPdSU seien stärker zu berücksichtigen. Es gelte, deutlicher herauszuarbeiten, dass die „Hauptaufgabe“ der sozialistischen Staaten darin bestehe, „Bonn zu zwingen, die Verträge zu ratifizieren und voll inhaltlich zu verwirklichen“. Deshalb müsse man vor der Formierung eines „Rechtsskartells“ in Bonn warnen, das gerade das verhindern wolle<sup>84</sup>. Ausdrücklich befürwortet wurde es, die „große Gefährlichkeit“ des sozialdemokratischen „Gegners“ zu betonen, dessen Aktivitäten letztlich der „Stärkung des imperialistischen Systems“ dienen und dessen „Hauptstoß“ gegen die DDR gerichtet sei<sup>85</sup>.

In der Endfassung des Vortragsmanuskripts für die Budapester Konferenz waren all diese Punkte berücksichtigt worden. Die deutschen Tschekisten würdigten die „große internationale Bedeutung“ der in Moskau und Warschau unterzeichneten Verträge, weil die Bundesrepublik darin die „Unantastbarkeit der Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der BRD und der DDR“ habe bestätigen müssen<sup>86</sup>. Die unerfüllt gebliebene DDR-Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung blieb in dem Text unerwähnt, und auch in Bezug auf das noch zu regelnde Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander war nur noch von Beziehungen „auf der Basis der zwischen Staaten üblichen völkerrechtlichen Prinzipien“ die Rede. Eindringlich gewarnt wurde vor den Aktivitäten des „Rechtsblocks“ in Bonn, der von der CDU bis zur NPD reiche und den „Sturz der Regierung Brandt“ anstrebe<sup>87</sup>. Da die „Rechtskräfte“ über fast die Hälfte der Sitze im Bundestag verfügten, habe sich die DDR-Regierung zu einer „taktischen Differenzierung“ veranlasst gesehen und ihren Vorschlag zur Fortsetzung der Verhandlungen mit der Bundesregierung so terminiert, dass es SPD und FDP möglich sein sollte, daraus „Vorteile für den Landtagswahlkampf in Hessen und Bayern zu ziehen“<sup>88</sup>.

Diese Formulierungen hatten weithin die Funktion von Sprachregelungen, die in den folgenden Monaten die deutschlandpolitischen Äußerungen der MfS-Führung durchzogen.

Mielke und Wolf, die bis dahin, alter KPD-Tradition folgend, die besondere Gefährlichkeit des „Sozialdemokratismus“ für die DDR und das kommunistische Bündnissystem betont hatten, waren auf die Linie der Sowjetunion eingeschwenkt, die ihre eigenen Interessen besser gewahrt sah, wenn in Bonn die Regierung Brandt/Scheel im Amt blieb. Von nun an galt, dass eindringlich vor „generalstabsmäßig“ organisierter ideologischer „Diversion“ der SPD gegenüber den sozialistischen Staaten zu warnen, prioritär aber der Kampf gegen den sich in

<sup>84</sup> Stellungnahme, in: BStU, MfS, SdM 355, Bl. 5–9.

<sup>85</sup> Ebenda, Bl. 4–12.

<sup>86</sup> Beitrag der Delegation des MfS der DDR für die Beratung der Aufklärungsorgane in Budapest, Dezember 1970, in: Ebenda, Bl. 24.

<sup>87</sup> Ebenda, Bl. 24–26.

<sup>88</sup> Ebenda, Bl. 27.

der Bundesrepublik formierenden „Rechtsblock“ zu führen sei, um die Ratifizierung der Verträge nicht zu gefährden<sup>89</sup>.

Auf dem zentralen Führungsseminar des MfS vom 1. bis 3. März 1971 machte Mielke seine leitenden Offiziere mit der offiziellen Bewertung der Verträge von Moskau und Warschau vertraut und würdigte sie als Verhandlungserfolg der Verbündeten, als „Ausdruck der gewachsenen Stärke und des zunehmenden Einflusses der sozialistischen Staaten“<sup>90</sup>. Alle Versuche der Bundesregierung, die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa „ab[zu]schwächen“, habe die Sowjetunion „vereitelt“<sup>91</sup>. Die Bundesrepublik habe sich verpflichten müssen, „auch die territoriale Integrität der DDR in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“<sup>92</sup>. Trotzdem, so Mielke unbestimmt, sei mit dem Moskauer Vertrag „noch nicht alles“ erreicht worden<sup>93</sup>. Auf den Delegiertenkonferenzen der SED-Parteioorganisationen in den MfS-Bezirksverwaltungen versuchte er wenige Wochen später, möglichen Irritationen wegen der sowjetischen Vertragspolitik vorzubeugen, und gab zu bedenken, eine „kluge flexible Politik“ der sozialistischen Staaten gegenüber dem Westen sei erforderlich<sup>94</sup>. Ziel und Bedeutung „bestimmter Maßnahmen“ seien „oft nicht so einfach erkennbar“; die positiven Effekte zeigten sich manchmal erst später. Bedenkt man seine früheren kritischen Anmerkungen zur Politik der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik, so klang das wie der Versuch, auch sich selbst zu überzeugen.

## Resümee

1. Wie das Ministerium für Staatssicherheit der DDR reagierte, als mit dem Beginn der europäischen Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre die äußeren Feindbilder zu verschwimmen begannen und repressive Herrschaftspraktiken im Inneren modifiziert oder gar aufgegeben werden mussten, ist eine der zentralen Forschungsfragen der DDR- und MfS-Geschichte. Bekannt ist, wie die Stasi organisatorisch und methodisch den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen versuchte<sup>95</sup>. Detailliert untersucht ist auch, warum es der Führung 1989 nicht gelang, die Friedliche Revolution zu verhindern<sup>96</sup>. Weithin ungeklärt war bisher, wie das MfS die Auswirkungen der Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in ihrer Entstehungsphase einschätzte und wie sie gegenüber den sowje-

<sup>89</sup> Ebenda, Bl. 26–37.

<sup>90</sup> Referat des Genossen Minister auf dem zentralen Führungsseminar vom 1.–3.3.1971, in: BStU, MfS, BdL (Büro der Leitung), Dok. 5670, Bd 1–10, hier Bd. 1, Bl. 56.

<sup>91</sup> Ebenda, Bl. 62.

<sup>92</sup> Ebenda, Bl. 59.

<sup>93</sup> Ebenda, Bl. 63.

<sup>94</sup> Diskussionsbeitrag Mielkes auf der Delegiertenkonferenz der SED-Parteioorganisation der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt am 6.4.1971, in: BStU, MfS, ZAIG 3891, Bl. 16, auch für das folgende Zitat.

<sup>95</sup> Vgl. Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990*, München 2006, S. 86–94 u. S. 192–201.

<sup>96</sup> Vgl. Walter Süß, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin 1999.

tischen Protagonisten der Entspannungspolitik reagierte. Darüber geben die für diesen Beitrag ausgewerteten Stasi-Unterlagen, insbesondere die zitierten Sachakten mit HVA-Provenienz, wichtige Anhaltspunkte.

Nach der KSZE-Konferenz 1975 erweckte Mielke den Eindruck, er habe diese Politik parteikonform als von der Sowjetunion initiiert begrüßt und erwartet, sie werde den „Feind“ im Westen, nicht aber die DDR in Bedrängnis bringen<sup>97</sup>. Der jetzt teilweise rekonstruierbare Diskussionsprozess zwischen MfS und KGB 1969/70 und die zitierten HVA-Papiere lassen dagegen erkennen, dass Mielke und Wolf in bemerkenswerter Eintracht und, soweit bisher bekannt, entschiedener als die SED-Spitze die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik als latente Gefahr für die DDR und ihre Verbündeten ansahen und das gegenüber ihren sowjetischen Gesprächspartnern offen zur Sprache bringen wollten. Beide erscheinen als Gegner der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie sie sich im Gewaltverzichtsabkommen mit der Bundesrepublik 1970 dokumentierte, lenkten aber ein, als die Führungsmacht eine strategische Entscheidung getroffen hatte, und nahmen widerwillig den notwendigen Wechsel des Hauptfeindbildes vor: Gefährlicher als die Sozialdemokratie sei für die sozialistischen Staaten die drohende Machteroberung durch das oppositionelle „Rechtskartell“ in Bonn.

Nicht zu klären ist bisher, inwieweit Mielke mit Wissen oder gar in Absprache mit der SED-Führung handelte, obwohl ausgeschlossen scheint, dass er in dieser Weise mit der KGB-Führung sprach, ohne Ulbricht und Honecker informiert zu haben. In zukünftigen Analysen des Verhältnisses SED-KPdSU zur Entspannungspolitik wäre das mit zu erwägen. Erschien bisher Ulbrichts mahnende Feststellung gegenüber der KPdSU-Führung, die DDR sei nicht Bjelorusland und nicht wie ein Sowjetstaat zu behandeln<sup>98</sup>, als deutlichste Kritik am deutschlandpolitischen Alleingang der Sowjetunion, so wäre jetzt auch an manche der kritischen Fragen zu denken, die sich Mielke und Wolf für ihre Gespräche mit Andropow notiert hatten. Möglicherweise führten die beiden Geheimdienstchefs den Meinungsaustausch über die von Brandt eingeleitete Ost- und Deutschlandpolitik stellvertretend für die Generalsekretäre ihrer Parteien.

2. Vier unterschiedliche Einschätzungen der Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition treten deutlich hervor: Während die ZK-Arbeitsgruppe der SED keine wesentlichen Änderungen in der Politik der Bundesregierung registrierte, wollte Ulbricht ausloten, wie weit Brandts Bereitschaft und Möglichkeiten zu einer neuen, auf Abbau der Spannungen im Ost-West-Verhältnis zielenden Politik tatsächlich gingen, um dabei die politischen Interessen der DDR durchzusetzen. Das Verlockende an der westdeutschen Initiative fiel offenbar auch der KPdSU-Führung (Andropow) sogleich ins Auge, die dabei primär die langfristigen Interessen ihres eigenen Landes im Blick hatte. Einzig das MfS sah vor allem die Gefahr für die Existenz des DDR-Sozialismus, die mit der entspan-

<sup>97</sup> Vgl. Siegfried Suckut (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1976, Göttingen 2009, S. 49.

<sup>98</sup> Vermerk über die Gemeinsame Besprechung des ZK der SED und der KPdSU am 21. 8. 1970 in Moskau, in: Dzd VI. 1, Dok. 192, S. 761–765, hier S. 765.

nungspolitischen Offensive der Sozialdemokraten verbunden war, und fürchtete eine Entwicklung, die langfristig zum Verschwinden der DDR führen konnte. Rückblickend betrachtet war das eine durchaus realistische Lagebeurteilung.

3. Die ausgewerteten Akten lassen Rückschlüsse auf die Stellung des MfS im Pakt-system zu. Die sowjetischen Vertreter akzeptierten offenbar stillschweigend das Selbstverständnis ihrer deutschen Gesprächspartner als herausgehobene Verbündete, die die Politik der anderen sozialistischen Staaten beobachteten und eigeninitiativ auf Schwächen und Fehlentwicklungen hinwiesen, die sie ausgemacht zu haben glaubten. Auch gegenüber dem KGB traten sie, nach den vorbereitenden Papieren zu urteilen, selbstbewusst, mit forderndem Unterton, auf. Annäherungsweise gilt das auch für das Verhalten gegenüber dem SED-Politbüro. Der HVA-Entwurf der Information 976/70 lässt den Versuch von Markus Wolf erkennen, gezielten Einfluss auf die Politik der Partei zu nehmen, eine Absicht, die auch Mielke nicht fern lag. Er war grundsätzlich der Überzeugung, der Sicherheitsdienst könne sich nicht darauf beschränken, die Beschlüsse der Partei „durch[zuführen“, seine Informationen müssten sich auch „niederschlagen in der Politik der Partei“<sup>99</sup>. Doch ging ihm die HVA-Initiative offenbar zu weit. Er gab die Ausarbeitung nicht heraus.

4. Bedenkt man die alarmistischen HVA-Berichte über die Ziele der Bonner Ostpolitik und die Gefahren des „Sozialdemokratismus“, spricht noch mehr als bisher schon dafür, dass die von Wolf geschilderte Aktion, im April 1972 die Ablösung Brandts als Bundeskanzler durch Bestechung zu verhindern<sup>100</sup>, keine originäre MfS/SED-Initiative war, sondern auf sowjetisches Betreiben zurückging. In diese Richtung deutet auch die jüngst veröffentlichte Äußerung Honeckers vom Mai 1972 gegenüber Ceausescu, es sei die „groteske Lage“ eingetreten, „dass wir als die stärksten Helfer für die Stabilisierung der Regierung Brandt auftreten mussten“<sup>101</sup>.

5. Fundierter lassen sich nun die widersprüchlichen späteren Kommentare Wolfs zu Willy Brandt bewerten, wenn er einerseits behauptet, er habe den Regierungswechsel in Bonn seinerzeit nicht als „Wegscheide der deutschen Nachkriegspolitik“ wahrgenommen, aber andererseits vorgibt, innerparteilich „schon früh“ betont zu haben, dass es Brandt „ernst“ sei mit der Entspannung und dass er „erfolgreich“ sein werde<sup>102</sup>. Im Lichte der ausgewerteten Quellen erscheint diese Behauptung als versuchte Irreführung. Wie die zitierten Akten belegen, erkannten Wolf und Mielke die Gefahren der von Brandt eingeleiteten Ost- und Deutschlandpolitik rasch und versuchten, eine für die DDR nachteilige Verständigung zwischen Bonn und Moskau zu verhindern.

<sup>99</sup> Süß (Hrsg.), Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin, S. 37.

<sup>100</sup> Vgl. Wolf, Spionagechef, S. 261.

<sup>101</sup> Zit. nach Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 138. Vgl. zu sowjetischen Bemühungen, das Abstimmungsverhalten durch Bestechung zum Vorteil Brandts zu beeinflussen, Keworkow, Der geheime Kanal, S. 110–120.

<sup>102</sup> Wolf, Spionagechef, S. 244–247.

## Dokument

Konzeption des Ministers für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, für Verhandlungen mit KGB-Chef Juri Andropow über den Charakter der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung im Juni 1970

Quelle: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU), Bestand MfS, Akte ZAIG 5131, Bl. 42–72.

3. Exemplar

### Konzeption (Thesen)

für Verhandlungen mit führenden Vertretern der Sicherheitsorgane der UdSSR am Juni 1970<sup>103</sup>

Begrüßen. Nochmals herzlich willkommen heißen. Begegnung ist Ausdruck des engen Kampfbündnisses zwischen sowjetischen und deutschen Tschekisten, das wir weiter festigen und vertiefen werden.

Gemeinsamkeit der Ziele im Kampf gegen gemeinsamen Feind. Notwendigkeit der noch engeren Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen unseren Bruderorganen, des Meinungs austausches über Klassenkampfsituation und politisch-operative Arbeit.

Gelegenheit nutzen, um auf einige neue Erscheinungen und Tendenzen im Lager des westdeutschen Imperialismus und im Vorgehen Bonns gegen DDR und andere sozialistische Länder hinzuweisen, wie wir sie sehen.

Dabei verweisen auf Verhandlungen November 1969 in Moskau<sup>104</sup> und hervorheben, dass sich unsere Einschätzung der Situation in Westdeutschland und der Politik der SPD/FDP-Regierung voll bestätigt und als richtig erwiesen hat.

Heute darauf beschränken, wesentliche neue Erkenntnisse des MfS, die für unsere politisch-operative Arbeit bedeutsam sind, darzulegen, und zwar vor allem über

- Rolle der SPD-Führung und der Brandt-Scheel-Regierung im Dienste des Imperialismus (innen- und außenpolitisch) und
- neue Aspekte des Kampfes Bonns gegen die Kräfte des Sozialismus/Kommunismus und über die sich daraus ergebenden Gefahren, die unsere höchste politisch-operative Wachsamkeit beanspruchen.

<sup>103</sup> Datum handschriftlich eingetragen. Weiterer handschriftlicher Eintrag am oberen Rand der Seite: Reg. # 47/70.

<sup>104</sup> Gemeint ist die erste Beratung der Chefs von MfS und KGB nach dem Regierungswechsel in Bonn.

Bestätigt: SPD-Führung strebt Erhaltung des spätkapitalistischen Systems in Westdeutschland an; will darüber hinaus dieses System effektiver machen, den Einfluß der gegen das System gerichteten progressiven Bewegung zurückdrängen und heranreifende gesellschaftliche Konflikte mildern.

Damit Ziel verbunden, den westdeutschen Imperialismus zu befähigen, Systemauseinandersetzung mit Sozialismus erfolgreicher zu führen.

SPD-Parteitag 11.-14.5.1969 in Saarbrücken dokumentierte deutlich Absicht der Sozialdemokratie, im Innern Westdeutschlands weitere Voraussetzungen für Intensivierung des Kampfes gegen sozialistische Staaten zu schaffen.

Außerdem mit Hilfe des Sozialdemokratismus beabsichtigt, westdeutsche Gesellschaft nach außen attraktiv zu machen und sie als „Vorbild“ für die sozialistischen Länder zu propagieren.

Diese Ziele sollen lt. Beschluss des SPD-Parteitages in ein langfristiges Aktionsprogramm der SPD-Führung aufgenommen werden. Durch geplante „Reform der Parteiorganisation“ soll gesamte Mitgliedschaft der SPD (ca. 800.000) verpflichtet werden, staatsmonopolistisches Herrschaftssystem in Westdeutschland zu stärken.

Bekannt: Langfristiges Aktionsprogramm der SPD-Führung soll insbesondere in konkrete politische Richtlinien für Kampf gegen Sozialismus/Kommunismus umgesetzt werden.

MfS beachtet sorgfältig Vorhaben der SPD-Führung, Kampf gegen Sozialismus/Kommunismus weitsichtig zu planen sowie langfristig angelegte konkrete Maßnahmen festzulegen, aber auch die konterrevolutionären Machenschaften stärker den gegebenen Möglichkeiten und Realitäten anzupassen.

Schätzen ein: Hauptziel ist Sozialdemokratisierung der sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien; ist gegenwärtig – und künftig noch mehr – eine der hauptsächlichsten Varianten der imperialistischen Politik und soll auf lange Sicht dem politisch-ideologischen Eindringen in die sozialistischen Länder dienen (besonders in die DDR!)

Eindeutig: SPD-Führer dokumentierten auf Parteitag diese sozialdemokratische Variante einer Politik zur „Überwindung der Grenzen in Europa“ und in diesem Zusammenhang das Ziel, die DDR zur „Öffnung“ gegenüber dem Westen zu bringen („Annäherung“ an den Westen).

Beachten sorgfältig alle Vorarbeiten für dieses konterrevolutionäre Programm, dessen 1. Entwurf (mit Schwerpunkten und Prioritäten) bereits Mitte 1971 vorgelegt und das auf Parteitag 1972 verabschiedet werden soll.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berücksichtigen dabei aber auch Tatsache, daß schon jetzt SPD-Führung und Brandt/Scheel-Regierung große Anstrengungen unternehmen, um Kampf gegen Sozialismus zu verstärken, neue und raffiniertere Mittel und Methoden anwenden und die reaktionären imperialistischen Ziele noch geschickter verschleiern.

Dabei noch engere Koordinierung / Abstimmung mit den USA

– siehe USA-Reise Brandts 10./11.04.1970 und seine Gespräche mit Nixon, Rogers, Kissinger usw.<sup>105</sup>

Festzustellen: Trotz bestimmter Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Bonn und gewisser amerikanischer Bedenken in Fragen des taktischen Vorgehens gegen sozialistische Staaten völlige Übereinstimmung in Zielsetzung sowie Absicht beider imperialistischer Staaten erkennbar<sup>106</sup>,

die gegen den Sozialismus gerichtete konterrevolutionäre Politik der SPD/FDP-Regierung und der rechten SED-Führer als Bestandteil der Globalstrategie des USA-Imperialismus noch effektiver zu machen.

Ferner Übereinstimmung erzielt, Aktivitäten gegenüber sozialistischen Staaten noch weitgehender und besser abzustimmen.

Außerdem zu beachten, dass Bonner Regierung ihre Politik gegen Sozialismus noch fester in die aggressive Konzeption des NATO-Bündnisses einordnet und vor allem versucht,

Potenzen der NATO-Staaten noch zielgerichteter für Durchsetzung der konterrevolutionären Ziele des westdeutschen Imperialismus auszunutzen und einzusetzen<sup>107</sup>.

Konkretes Beispiel dafür: Scheel appellierte auf NATO-Ministerratstagung in Rom (26./27.5.1970) an NATO-Staaten, Bonner Ostpolitik und ihre aggressiven Ziele stärker zu unterstützen, u. a. durch „multilaterale Aktivitäten“ der NATO-Staaten gegenüber sozialistischen Ländern.

Es geht Bonn um eine „gemeinsame Marschroute“ und koordinierte Maßnahmen im Vorgehen sowie um engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten, um noch konzentrierter den Kampf gegen Sozialismus führen zu können.

Einzuschätzen, daß NATO in ihrer Gesamtheit – trotz bestimmter Bedenken einiger Staaten – Bonner Linie fördert, so daß mit noch höherem Gefährlichkeitsgrad der westlichen konterrevolutionären Aktivitäten gerechnet werden muß.

<sup>105</sup> Senkrechte handschriftliche Anstreichung am linken Seitenrand dieses Absatzes.

<sup>106</sup> Passage steht am Ende der 4. Seite des Manuskripts, dort handschriftlich am rechten Rand vermerkt: „bw“ [bitte wenden].

<sup>107</sup> Eingerückte Passage am linken Rand handschriftlich angekreuzt.

Zustimmung der NATO insbesondere zu den gegenwärtig festzustellenden drei Schwerpunkten der reaktionären Bonner Ostpolitik:

- Aktivitäten gegenüber der Sowjetunion,
- Aktivitäten gegenüber der VR Polen,
- Aktivitäten gegenüber der DDR.

Sie alle dienen (auch wenn das nicht immer offen ausgesprochen wird) dem Ziel, Status quo in Europa zu verändern.

Führende SPD-Funktionäre, u. a. Bundesjustizminister Jahn, erklärten, man sollte erkennen,

„daß der Status quo in Europa keinen Bestand haben darf.

Es ist keine Alternative, wenn hier und da gesagt wird, man solle alles so lassen, wie es heute ist.“

Brandt meinte, man müsse den Status quo „modifizieren“.

Als Voraussetzung für die angestrebte Änderung des Status quo in Europa (sozusagen als Nahziel) bemüht sich die Brandt/Scheel-Regierung, mit den vielfältigsten Mitteln und Methoden,

- Grenzen in Europa durchlässig zu machen (Brandt),
- Beschaffenheit der Grenzen in Europa zu ändern und sie belanglos zu machen (Schmidt)<sup>108</sup>,
- Grenzen in Europa einzuebnen (Brandt).

Das entspricht genau der Zielstellung der CDU/CSU, die – nach Barzel<sup>109</sup> – darin besteht,

„Freizügigkeit der Ideen und Informationen, der Meinungen und Menschen“ zu erreichen.

Gesamte Aufmerksamkeit verdient die Ankündigung der SPD-Führung und SPD/FDP-Regierung,

ideologischen Kampf gegen sozialistische Staaten und kommunistische Parteien weiter zu verstärken, um Voraussetzungen für Erreichung der politischen Ziele zu schaffen.

Müssen insbesondere beachten, daß vor allem der Sozialdemokratismus – als „geistig-politische Strömung“ (Brandt) – wesentlich stärker und konzentrierter für proimperialistische Politik nach außen eingesetzt werden soll:

zur politisch-ideologischen Aufweichung und Zersetzung der sozialistischen Staaten sowie zur Spaltung der sozialistischen Staatengemeinschaft und der internationalen kommunistischen Bewegung.

<sup>108</sup> Gemeint ist Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt, SPD.

<sup>109</sup> Rainer Barzel war Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Vorliegende Informationen bestätigen, daß SPD-Führer neue ideologische Angriffe und Offensiven des Sozialdemokratismus auf breiter Front gegen sozialistische Staaten und kommunistische Parteien planen, besonders gegen DDR und unsere marxistisch-leninistische Partei.

Ziel der SPD-Führer: Dem westdeutschen Imperialismus unter den Bedingungen der verschärften Klassenauseinandersetzung neuen Handlungsspielraum für außenpolitisch-expansive Aktivitäten zu verschaffen.

Westdeutsche Imperialisten glauben, nicht nur mit Konservatismus der CDU/CSU, sondern vorrangig mit Sozialdemokratismus der SPD-Führer Kampf gegen Sozialismus mit Erfolg führen zu können. Haben Sozialdemokratismus zu ihrem direkten Verbündeten gemacht.

Folgendes zeichnet sich ab: In weit stärkerem Maße als früher sollen der Sozialdemokratismus und andere opportunistische, bürgerliche, sozialismusfeindliche Ideologien in sozialistische Länder und kommunistische Parteien hineingetragen werden.

Diese Aktivitäten stellen künftig noch mehr als bisher eine der hauptsächlichsten Varianten der imperialistisch-reaktionären Politik dar.

Dabei übersehen wir nicht, daß westdeutsche SP<sup>110</sup>-Führer sich auf Parteitag in Saarbrücken in Fragen des ideologischen Kampfes gegen Sozialismus/Kommunismus als Führer der gesamten westlichen Sozialdemokratie gebärdeten und bemüht sind, alle rechtssozialistischen, sozialdemokratischen Parteien des Westens stärker in diesen Kampf einzubeziehen sowie ihre Potenzen und Möglichkeiten dafür zu nutzen.

Müssen unbedingt größere Gefahren sehen!

Bedenken: In der BRD und anderen westlichen Ländern ist Sozialdemokratie Regierungspartei! Besitzt staatliche Mittel und Möglichkeiten für intensivierete politisch-ideologische Diversion! Kann Potenzen des staatsmonopolistischen Systems dafür stärker nutzen als früher! – Sehen auch, daß westdeutsche Sozialdemokratie besondere Gefährlichkeit ausstrahlt.

Bekannt geworden, daß SPD neue Aktivitäten vorbereitet, um, wie auf Parteitag erklärt wurde,

„praktische und geistige Kontakte mit dem Sozialdemokratismus in der ganzen Welt“

<sup>110</sup> In den Jahren der Großen Koalition in Bonn (1966–1969) kürzte die SED die Parteibezeichnung der Sozialdemokraten polemisch mit SP ab. Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition gab die SED diese Praxis stillschweigend wieder auf. Die Verfasser der Konzeption hatten offenbar nicht bemerkt, dass sie hier noch die eigentlich überholte Bezeichnung verwendeten.

anzuknüpfen, auszubauen und auszunutzen für reaktionäre politisch-ideologische Einwirkung.

Das bedeutet doch: verstärkte Kontakte auch zu Kräften des Revisionismus und Opportunismus aller Spielarten in bestimmten sozialistischen Ländern bzw. kommunistischen Parteien!

Also Absicht erkennbar, mit Hilfe und auf Grundlage des Sozialdemokratismus alle gegen Sozialismus/Kommunismus gerichteten rechtsopportunistischen, sozialdemokratischen und revisionistischer Kräfte zu aktivieren.

Brandt, Wehner und andere betonten (intern)<sup>111</sup>, es gelte, Sozialdemokratismus zu einer „Epidemie“ in kommunistischer Bewegung zu machen und dafür zu sorgen, dass sich Sozialdemokratismus auch im kommunistischen Lager durchsetzt.

Kontakte sollen dazu dienen (intern), Kommunisten für „Überwindung des Kommunismus“ zu gewinnen.

SPD will revisionistische Elemente in sozialistischen Ländern dazu ausnutzen. Stützt sich dabei u. a. sehr stark auf jene Kreise (z. B. in der CSSR), aber auch in anderen sozialistischen Ländern), die der Ansicht sind,

alle Revisionisten sollten sich enger zusammenschließen, um Angriffe gegen sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nur in einem Land, sondern in mehreren Ländern zugleich vortragen zu können (Snejdarek<sup>112</sup>, Hajek<sup>113</sup> und andere).

Revisionisten in CSSR sind – interne Informationen liegen vor – bestrebt, ihre Positionen zu halten, zu „überwintern“, sich auf neue Angriffe vorzubereiten, aber auch

Kontakte zu revisionistischen Elementen in anderen sozialistischen Ländern zu halten, um gemeinsames Vorgehen ideologisch und organisatorisch vorzubereiten.

U[nseres]. E[rachtens]. erwächst daraus wichtige op[erative] Aufgabenstellung, in diese Kreise einzudringen, ihre Pläne und Verbindungen aufzuklären und Wirksamwerden mit geeigneten politischen und operativen Mitteln zu verhindern.

<sup>111</sup> Mit „intern“ sind nicht öffentliche Äußerungen gemeint, von denen das MfS, so sollte suggeriert werden, über seine Spione in der Bundesrepublik erfahren hatte.

<sup>112</sup> Antonin Snejdarek war Direktor des Instituts für Internationale Politik und Ökonomie der Akademie der Wissenschaften in Prag und 1968 einer der Wortführer für eine Demokratisierung der CSSR. Er emigrierte 1969 nach Großbritannien.

<sup>113</sup> Jiri Hajek unterstützte die Reformpolitik Alexander Dubceks und war im April 1968 zum Außenminister ernannt worden. Er prangerte den sowjetischen Einmarsch vor der UNO an und wurde im September 1968 zum Rücktritt gezwungen.

Spekulieren dabei auch auf Vorhandensein und Wirksamkeit revisionistischer Kräfte in UdSSR, auf Anknüpfungspunkte für antisozialistische Erscheinungen, Vorstellungen, Entwicklungen in UdSSR, aber auch in Polen und Ungarn<sup>114</sup>.

Nach internen Feststellungen verfolgen Imperialisten mit verstärkten Angriffen gegen UdSSR den Plan (Brzezinski)<sup>115</sup>

- stärkste Macht des Sozialismus zu schwächen
- damit Voraussetzungen für „Krisen“ in anderen sozialistischen Ländern zu schaffen und
- gemeinsame Gegenaktionen der sozialistischen Länder gegen Angriffe des Revisionismus zu verhindern<sup>116</sup>.

SPD-Führung liegt völlig auf dieser Linie. Will durch erhöhte Aktivitäten dieses Ziel des Imperialismus erreichen!

Wir schätzen ein: Sozialdemokratismus liefert dem Revisionismus wesentliche Bestandteile seines konterrevolutionären Programms.

Erkenntnisse Lenins über enge Verwandtschaft, ja Identität von Sozialdemokratismus, Rechtsopportunismus und Revisionismus gewinnen heute noch größere Bedeutung!

Wachsende Gefahren des Sozialdemokratismus und Revisionismus niemals unterschätzen!

Operativ in diesem Zusammenhang wichtig: Alle Richtlinien der SPD für Ostkontakte sollen überprüft und den politischen Bedingungen und Erfordernissen angepasst werden. (Verstärkte Kontakttätigkeit im Interesse einer Intensivierung der politisch-ideologischen Diversion angestrebt.)

Dabei besonders berücksichtigen, daß SPD-Führung und Bundesregierung geschickt

in sozialistischen Ländern vorhandene Illusionen über Rolle und Politik Brandts sowie Fehleinschätzungen ausnutzt, um politisch-ideologisch eindringen zu können<sup>117</sup>.

<sup>114</sup> Absatz an der linken Seite handschriftlich angestrichen und mit großem Ausrufezeichen versehen. „UdSSR“ bei der ersten Erwähnung im Absatz mehrfach handschriftlich unterstrichen.

<sup>115</sup> Zbigniew Kazimierz Brzezinski, aus Polen stammender US-amerikanischer Politikwissenschaftler, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson.

<sup>116</sup> Absatz an der linken Seite handschriftlich angestrichen und mit großem Ausrufezeichen versehen. „UdSSR“ zusätzlich handschriftlich unterstrichen.

<sup>117</sup> Absatz an der linken Seite handschriftlich angekreuzt. An der rechten Seite, am Ende von S. 12 des Manuskripts, handschriftlicher Hinweis „bw“ [bitte wenden].

Das ist verbunden mit gesteigerter Demagogie Bonns zur raffinierteren Verschleierung der reaktionären Ziele<sup>118</sup>. (Friedens- und Verständigungsphrasen, teilweise gewisses Entgegenkommen, bestimmte Zugeständnisse Bonns, um bessere Bedingungen für Realisierung der reaktionären politischen Grundkonzeption zu schaffen.)

(Bitte dazu beiliegendes Material „Hinweise aus internen Informationen aus dem westlichen Operationsgebiet über einige Vorgänge in sozialistischen Ländern“ beachten.)<sup>119</sup>

Im Zusammenhang mit der Einschätzung der Feindtätigkeit gegen das sozialistische Lager und der Lage in den einzelnen sozialistischen Ländern wäre es wichtig, die Frage nach den Erfahrungen des KfS<sup>120</sup> bei der Realisierung der Festlegungen beim letzten Besuch des Vorsitzenden in Berlin<sup>121</sup> zur Arbeit in den einzelnen Ländern zu stellen. Das betrifft sowohl solche Länder wie die VR China, Jugoslawien und Rumänien als auch die anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig und interessant, die Vorstellungen des Vorsitzenden zur Vorbereitung der Beratung der Aufklärungsorgane<sup>122</sup> zu hören.

Unsere grundsätzliche Einschätzung: kein Abgehen der SPD/FDP-Regierung von Grundpositionen der Politik des westdeutschen Imperialismus und der bisherigen Regierungen unter Adenauer, Erhard und Kiesinger!  
(Brandt: „Kontinuität“; keine Preisgabe von Grundsätzen und Zielen)

Selbst CDU/CSU erklärte: Meinungsverschiedenheiten mit SPD im wesentlichen nur in Fragen des taktischen Vorgehens gegen sozialistische Länder, besonders DDR<sup>123</sup>.

Umso bedenklicher, wenn sogar in führenden Kreisen sozialistischer Länder Illusionen (VR Polen, Ungarische VR)<sup>124</sup>.

<sup>118</sup> Satz am rechten Blattrand handschriftlich angekreuzt.

<sup>119</sup> Satz am rechten Blattrand handschriftlich angekreuzt mit Zusatz „bw“ [bitte wenden], offenbar als Hinweis für den Vortragenden, hier die (in den Stasi-Akten nicht überlieferten) Materialien zu präsentieren.

<sup>120</sup> Komitee für Staatsicherheit beim Ministerrat der UdSSR.

<sup>121</sup> Der Besuch könnte im Februar 1970, zum Jahrestag der MfS-Gründung, stattgefunden haben; vgl. Disposition für Vortrag (wie Anm. 30).

<sup>122</sup> Gemeint ist vermutlich die für Dezember 1970 in Budapest geplante Konferenz.

<sup>123</sup> Absatz durch handschriftliches Ankreuzen am rechten Blattrand markiert.

<sup>124</sup> Absatz und folgender Satz durch handschriftliche Anstreichungen am linken Rand markiert.

Westpresse spielt solche Spekulationen auch im Hinblick auf die Haltung der UdSSR<sup>125</sup> hoch.

Frage: Wird in UdSSR Brandts Friedens- und Entspannungsdemagogie richtig beurteilt?

Wird immer richtig erkannt, daß Brandts sogen[annte] Entspannungspolitik in erster Linie darauf berechnet ist, dem westdeutschen Imperialismus größeren außenpolitischen Handlungsspielraum für Durchsetzung der antisozialistischen politischen Konzeption zu verschaffen<sup>126</sup>?

(Beispiel: AFP<sup>127</sup> behauptete, Genosse Gromyko habe in Paris erklärt, Brandt/Scheel-Regierung sei realistischer; ihre Haltung zeige, daß sie die Realitäten anerkenne, besonders die Grenzen; dadurch würden Fortschritte möglich usw.)

Spekulationen über Haltung der UdSSR gegenüber Bonn; steigerten sich in letzter Zeit maßlos, vor allem im Zusammenhang mit westdeutsch-sowjetischen Gesprächen über Gewaltverzichtsvereinbarung.

Uns liegt Bonner Entwurf eines Gewaltverzichtsabkommens WD [Westdeutschland]-UdSSR vor (intern), in dem wesentliche Forderungen der Warschauer Vertrags-Staaten ignoriert werden. Das zeigt sich auch in offiziellen Erklärungen führender Vertreter der Bonner Regierung.

Dieser Entwurf soll Grundlage Bonns für weitere Beratungen (Verhandlungen) mit UdSSR sein.

Insbesondere fehlt darin Bereitschaft zur Anerkennung des Status quo in Europa, besonders

- zur völkerrechtlichen Anerkennung der Grenzen,
- zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Die reaktionäre Zielstellung Bonns lt. „Deutschlandvertrag“<sup>128</sup> – Einverleibung der DDR in imperialistischen Westen – soll ebenfalls aufrechterhalten bleiben; die Politik der Annexion Westberlins soll fortgesetzt werden.

Welchen Wert hat eine derartige Gewaltverzichtsvereinbarung, wenn westdeutscher Imperialismus Hauptfragen ausweicht und vor allem nicht Endgültigkeit der Nachkriegsgrenzen und der darauf basierenden Realitäten anerkennt?

Bonn nicht bereit, Grenzen anzuerkennen!

<sup>125</sup> Abkürzung handschriftlich unterstrichen.

<sup>126</sup> Absatz durch handschriftliches Ankreuzen am rechten Blattrand und Anstreichung an der linken Seite markiert.

<sup>127</sup> Nachrichtenagentur Agence France Presse.

<sup>128</sup> Gemeint ist der 1952 zwischen den drei westlichen Siegermächten und der Bundesrepublik geschlossene Vertrag, in dem die Partner betonten, dass die deutsche Frage noch offen sei, und sich verpflichteten, auf die Wiedervereinigung Deutschlands hin zu arbeiten. Der Deutschlandvertrag trat als Teil der „Pariser Verträge“ 1955 in Kraft.

Spricht nur von „Respektierung“ usw. Dürfte wohl kaum als verbindliche völkerrechtliche Garantie anzusehen sein!

Bonn behauptet, UdSSR wäre bereit, Bonner These des „Selbstbestimmungsrechts“ hinzunehmen.

Absolute Klarheit: Wenn Bonn von „Selbstbestimmung“ spricht, dann ist stets Restauration der Macht des Monopolkapitals in der DDR gemeint. In Westdeutschland wird Politik der Feindschaft gegen DDR und der Revanche mit dieser Parole umschrieben!

Bonn behauptet weiter, UdSSR wäre bereit, Bonner Option der „Wiedervereinigung Deutschlands“ zu akzeptieren („Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung“). Diese These dient ebenfalls nur der Verschleierung des Zieles einer Annexion der DDR.

Wir beachten besonders Bahrs Äußerung vom 5.6.70, Abschluß eines westdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrages beinhaltet nicht eine Anerkennung der DDR (!)<sup>129</sup>

Im erwähnten Bonner Entwurf eines Gewaltverzichtsabkommens wird ebenfalls dieser Kardinalfrage der europäischen Sicherheit – der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR – bewusst ausgewichen!

Bonn erweckt den Eindruck, als sei UdSSR auf dieser Grundlage bereit, schon bald offizielle Verhandlungen über Gewaltverzichtsvertrag zu beginnen (Scheel Anf[ang] Juli nach Moskau.)

Frage: Welche Haltung wird seitens der UdSSR zu diesen Problemen bezogen?  
Werden diese Absichten Bonns erkannt und wie sollen sie durchkreuzt werden?

Intern wiederholt Absicht Bonns bekanntgeworden, durch optische Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR auch entscheidende Voraussetzungen zur Aufnahme und Erweiterung von Kontakten mit anderen europäischen sozialistischen Staaten zu schaffen<sup>130</sup>.

Bonn will „Mißtrauen abbauen“, „Vertrauen schaffen“, um auch andere sozialistische Länder zu veranlassen, sich stärker mit Bonn zu engagieren [!].

<sup>129</sup> Bahr hatte sich so in einem Interview mit dem ARD-Fernsehen geäußert; vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 79 vom 9.6.1970, S. 790f.

<sup>130</sup> Dieser und der folgende Absatz an linker Seite handschriftlich angestrichen.

Brandt am 2. 6. 70: Mit westdeutsch-sowjetischem Gewaltverzichtsvertrag werde Bonn

„Eine Bresche in die Mauer des Mißtrauens zwischen Ost und West“

legen. Das werde sich auf Bonner Verhältnis zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes positiv auswirken.

Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR werde Position Westdeutschlands auch in anderen sozialistischen Staaten verbessern und gesamte Ostpolitik begünstigen.

Das sei von größter Bedeutung für Herstellung eines Netzes möglichst enger bilateraler Beziehungen zwischen den westlichen und östlichen Ländern.

Intern bekannt, daß Brandt persönlich einem Engagement mit UdSSR sehr große Bedeutung für erfolgreiche Fortsetzung seiner „Ostpolitik“ gegen sozialistische Staaten beimißt<sup>131</sup>.

In diesem Zusammenhang interessant zu erfahren, mit welcher Begründung und Zielsetzung am 15. 6. 70 in Moskau und am 16. 6. in Leningrad mit solchen Aufweichspezialisten wie [Carl-Friedrich] Freiherr von Weizsäcker, Berthold Beitz, Günter Grass und den Journalisten Rüdiger Altmann, Gräfin Dönhoff, Eugen Kogon und Rudolf Augstein über „Ost-West-Beziehungen“ diskutiert wurde. („Bergedorfer Gesprächskreis“)<sup>132</sup>.

Welche Wirkung verspricht man sich davon, wenn repräsentative sowjetische Gewerkschaftsdelegation nach Westdeutschland reist (25. 5.–2. 6. 70), um über „Zusammenarbeit“ mit DGB zu sprechen und sich mit Bundespräsident Heinemann groß fotografieren lässt (s. Fotos aus Westpresse)<sup>133</sup>?

Welche politischen Einschätzungen der UdSSR liegen diesen Maßnahmen zugrunde?

Welche Vorstellungen gibt es über die Reaktionen in Kreisen anderer sozialistischer Länder darauf (politische, psychologische Aspekte, Optik, breite Publizierung)?

Welche Haltung soll dazu eingenommen werden?

Glaubt man z. B., den DGB, der völlig unter dem Einfluß der rechten SPD-Führung steht, zum Kampf gegen die SPD/FDP-Regierung aktivieren zu können? (während man sich mit Heinemann zum gemeinsamen Foto stellt?)

<sup>131</sup> Absatz an linker Seite handschriftlich angestrichen.

<sup>132</sup> Wie Anm. 49.

<sup>133</sup> Ein Foto war dem Manuskript als Zeitungsausschnitt beigelegt.

Wir berücksichtigen: SPD-Führung und SPD/FDP-Regierung will alle Möglichkeiten nutzen, um durch differenziertes Vorgehen gegen sozialistische Staaten sie gegenseitig auszuspielen, auseinander zu dividieren und Keil zwischen sie zu treiben, auch zwischen UdSSR und DDR (!)

Beispiel:

Bonn glaubt, durch Abschluß eines westdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrages werde DDR gezwungen, Bonner Forderungen im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten nachzugeben. (Auch westdeutsch-polnisches Engagement werde sich nach Bonner Auffassung in dieser Richtung auswirken.)

Eindeutig: Durch derartige Aktivitäten Bonns soll DDR unter Druck gesetzt werden.

Intern wurde deutlich erklärt: Da „direkte Überwältigung“ der DDR nicht möglich, sollen durch „Politik an der Peripherie“ (Ostpolitik) bessere Voraussetzungen für verstärkten Kampf gegen DDR geschaffen werden.

Weiter intern: Franke<sup>134</sup> erklärte, durch möglichst rasche Fortschritte bei Gesprächen mit Moskau und Warschau werde DDR im eigenen Lager isoliert. Scheel: DDR werde in die Ecke gedrängt.

Wir schätzen auf Grundlage vorliegender Informationen ein:

Bonner demagogische „Entspannungs-Aktivitäten“ sollen außenpolitischen Handlungsspielraum Westdeutschlands gegenüber sozialistischen Staaten erweitern mit dem Ziel

- der Aufweichung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten,
- der Zerstörung der Solidarität der sozialistischen Länder mit der prinzipiellen Haltung und Politik der DDR gegenüber westdeutschen Imperialisten,
- der Isolierung der DDR von ihren Verbündeten

(Der DDR sollen im eigenen Lager ständig neue Schwierigkeiten bereitet werden.)

Darum hat Bonn auch Absicht geäußert, nicht nur mit UdSSR und VR Polen Kontakte zu pflegen und Gespräche zu führen, sondern bald auch mit CSSR und Ungarischer VR.

Weiterer Gesichtspunkt, der politisch-operativ sehr stark zu beachten ist:

Bonner Regierung wird sogen[annt]. Ostforschung wesentlich verstärken, um noch konkretere Ansatzpunkte für politische Einwirkung in europäischen sozialistischen Staaten, für konterrevolutionäres Vorgehen zu finden.

<sup>134</sup> Gemeint ist der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD).

Methode: Analyse der politischen und anderen Vorgänge in sozialistischen Staaten, der Entwicklungen und bestimmter Schwierigkeiten, der politischen Kräftekonstellation, der Aktivitäten negativer Elemente usw.

Sogen. Ostforschung wird weiter ausgebaut und zentralisiert.

Zu erwarten: Stärkere Einbeziehung der Ostforschungsinstitute in Entscheidungsfindung der Regierung; in größerem Maße Auftragserteilung durch Regierung, auch kurzfristiger Analysen und Gutachten; stärkere Verschleierung ihrer eigentlichen Funktion durch Hervorheben der angeblichen Wissenschaftlichkeit ihrer Tätigkeit; stärkere Ausnutzung für reaktionäre Kontakttätigkeit; intensivere Einbeziehung der sogen. Ostforschung in nachrichtendienstliche Tätigkeit, Ausnutzung für geheimdienstliche Zwecke!

Zugleich engere Zusammenarbeit der westdeutschen Ostforschungsinstitute mit gleichgelagerten Instituten in NATO-Staaten, besonders USA.

Sogen. DDR-Forschung wesentlicher Bestandteil der gesamten „Ostforschung“. Zielstellung: Entscheidungshilfe für Regierung bei Planung und Durchführung des Kampfes gegen DDR; Erkundung neuer Mittel und Methoden des Kampfes; Einflußnahme auf Entwicklung in DDR durch zielgerichtete Kontakte usw.

Stärkere Koordinierung der sogen. DDR-Forschung durch Ministerium für „in-nerdeutsche Beziehungen“.

Sozialistische Sicherheitsorgane müssen diesen Bestrebungen der sogen. Ost- und DDR-Forschung größere Beachtung schenken. Pläne und Maßnahmen aufklären, Aktivitäten in sozialistischen Ländern verhindern! (unter Beachtung der Zusammenarbeit der Ostforschungsinstitute mit westlichen Geheimdiensten).

In diesem Zusammenhang nicht uninteressant zu wissen, dass sich z. B. BND und andere westliche Geheimdienste – und wie konkret bekannt wurde selbst der dänische Geheimdienst – sehr stark für Vorgänge in führenden Kreisen der VR Polen interessieren – beispielsweise welche politischen Kräfte Moczar<sup>135</sup> unterstützen, welche politische Stellung er derzeit inne hat.

MfS sieht politische Pläne und Absichten der Brandt/Scheel-Regierung gegenüber der DDR stets im Zusammenhang mit ihrer gesamten konterrevolutionären Konzeption gegen sozialistische Staatengemeinschaft.

<sup>135</sup> Mieczyslaw Moczar war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre innerhalb der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) nationalkommunistischer Rivale von Wladyslaw Gomulka. Nach dessen Sturz entschied sich die sowjetische Führung jedoch für Edward Gierek als neuem Parteichef in Polen.

Dabei beachten wir sehr genau die neuen Mittel und Methoden, mit denen diese politische Grundlinie – konkret gegen DDR – durchgesetzt werden soll.

Strategische Zielstellung Bonns gegenüber DDR besteht darin, auf Grundlage der Nichtanerkennung des Status quo Voraussetzungen zu schaffen für

- Aufweichung, Zersetzung und Unterminierung,
- Annexion der DDR, Einverleibung in imp[erialistisches]. System,
- Vernichtung des Sozialismus.

Deshalb lehnt SPD/FDP-Regierung – wie auch die Treffen Stoph-Brandt in Erfurt und Kassel<sup>136</sup> zeigten – völkerrechtlich gültige Beziehungen zur DDR, völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen ab (wie vorher die CDU/CSU-Regierungen.)

Auch SPD/FDP-Regierung will sich durch Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Grenzen Hände freihalten für jegliche konterrevolutionäre aggressive Akte gegen DDR in der Annahme, auf diese Weise nicht als Aggressor völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Bonner Erklärungen über sogen. innerdeutsche Sonderbeziehungen, sogen. gesamtdeutsche Beziehungen usw. sollten – wie Brandts Auftreten in Erfurt und Kassel zeigte – von DDR akzeptiert werden. – Für DDR unannehmbar!

Brandt wollte damit völkerrechtliche Anerkennung umgehen.

Intern: Helmut Schmidt betonte, bei völkerrechtlicher Anerkennung der DDR werde die politische Grundsubstanz, auf der die Bundeswehr aufgebaut sei, gefährdet (!)

Brandt/Scheel-Regierung setzt – daran ändern demagogische Erklärungen nichts – verderblichen Kurs der Adenauer, Erhard, Kiesinger und Strauß fort.

Im Gegensatz dazu ist DDR für Verhältnis der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten.

Das aber hat konsequente Anwendung des Völkerrechts zur Voraussetzung.

Brandts Bestrebungen, zweitrangige und untergeordnete Fragen in Vordergrund zu spielen, waren Ausdruck des Versuchs, der Lösung der Hauptfrage auszuweichen.

20 Punkte von Brandt in Kassel<sup>137</sup>: destruktiver Standpunkt; sind Absage an Völkerrecht, Ausdruck der Bonner Alleinvertretungsmaßung.

<sup>136</sup> Das Treffen in Erfurt fand am 19. 3., das in Kassel am 21. 5. 1970 statt.

<sup>137</sup> Wortlaut der von Brandt vorgetragene Punkte, in: DzD VI. 1, Dok. 143, S. 548–592, hier S. 554f.

In mehreren dieser 20 Punkte wird – in geschickt verschleierte Form – Kapitulation und Unterordnung der DDR verlangt (Erpressung).

Außerdem sollte damit der Weltöffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden, u. a. durch

„Friedens“- und „Verständigungs“-Phrasen und sogar durch demagogische Verwendung der politischen Terminologie der DDR (Beispiel: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen).

Wir in DDR beachten ferner sehr sorgfältig Erklärungen Brandts und Scheels, daß an bisherigen Grundsätzen der Bonner reaktionären „Deutschlandpolitik“ festgehalten wird, daß eine „Wiedervereinigung Deutschlands“ in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein wird, daß man jedoch alles tun wolle, um „die Spaltung zu mildern“.

Was verbirgt sich dahinter?

Vorliegende Informationen besagen, daß Brandt und Scheel mit dieser Aussage und mit entsprechenden „Angeboten“ auf sogen. menschliche Erleichterungen die Bevölkerung der DDR in einen Gegensatz zur Partei- und Staatsführung bringen wollen. Verstärkte Hetze gegen SED und Regierung der DDR; verstärktes Appellieren an das Gefühl der Menschen, um emotionelle Wirkungen auszulösen; Versuche, politisch nicht gefestigte Kreise in der DDR zu feindlichen Handlungen zu veranlassen sowie negative Elemente zu aktivieren.

Die Losung „Milderung der Spaltung“ ist nichts anderes als eine Parole der Verfechter der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR.

Ebenso die Losung von der „Wahrung der Einheit der Nation“ (Nicht DDR hat Einheit der Nation zerstört, sondern die westdeutschen Imperialisten und Westmächte. Da keine Einheit der Nation existent ist, kann man sie auch nicht wahren.)

Hauptfrage ist Herstellung eines geregelten friedlichen Nebeneinanders zwischen DDR und Westdeutschland auf Basis ihrer völkerrechtlichen Gleichberechtigung und gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung (Vertragsentwurf der DDR)<sup>138</sup>.

Das ist unsere klare Position im Interesse der Sicherheit und des Friedens in Europa, der Sicherheit des sozialistischen Staates deutscher Nation gegenüber aggressiver Politik Bonn.

<sup>138</sup> Ulbricht hatte am 18. 12. 1969 dem Bundespräsidenten den Entwurf eines Vertrages über die „Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ übergeben lassen. Vgl. zum Wortlaut Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. 4, Bonn 1970, S. 144–147. Dieser und der folgende Absatz ist an der linken Seite handschriftlich angestrichen.

Weiterer Gesichtspunkt, den wir in DDR in diesem Zusammenhang besonders beachten müssen:

Brandt formulierte auf SPD-Parteitag das Ziel Bonns, bis Ende der 70er Jahre zu erreichen, dass „die Schranken, die das deutsche Volk trennen, zumindest verkleinert werden“.

Ahlers<sup>139</sup> betonte, es komme darauf an, „die innerdeutsche Grenze durchlässiger zu machen“.

(Also gewisse Terminisierung [!] dieses Nahziels Bonns, dieser Etappe des Kampfes gegen DDR!)

Zweck dieser Bonner Aktivitäten, politisch-ideologisch in DDR einzudringen – richten sich vor allem gegen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Brandt propagierte offen das Ziel einer „Wandlung“ des Systems in der DDR.

Aufweichexperten sprechen intern vom Ziel, das „kommunistische System zu mildern“, Änderung der inneren Lage der DDR zu erreichen usw.

Das heißt: Zersetzung und Schwächung des Sozialismus!

Brandt erklärte, es müsse erreicht werden, dass DDR-Bürger das Recht erhielten, „sich anders zu organisieren, als das heute der Fall ist.“

DDR tritt diesen Plänen, Absichten und Machenschaften der SPD/FDP-Regierung konsequent entgegen.

Wir konfrontieren sie mit unserer Politik der allseitigen Stärkung und Festigung der DDR sowie der friedlichen Koexistenz beider deutscher Staaten auf Grundlage des Völkerrechts.

Diese Politik dient dazu, westdeutschen Imperialismus und seine ausführenden Organe an Durchführung ihrer feindlichen Politik zu hindern bzw. diesen konterrevolutionären Kurs entschieden abzuwehren.

DDR strebt Schaffung fester völkerrechtlicher Garantien für Frieden in Europa, für Sicherheit der DDR an.

Notwendig, da – neben dem Versuch der SPD/FDP-Regierung, mit neuen Mitteln und Methoden DDR zu schwächen und Sozialismus zu beseitigen – gegenwärtig zugleich in Westdeutschland

eine gewaltige Welle des offenen Revanchismus und der Aggressionsabsichten gegen DDR

<sup>139</sup> Conrad Ahlers war Pressesprecher der Bundesregierung.

sichtbar wird, die von CDU/CSU, Revanchistenorganisationen und NPD entfacht wurde<sup>140</sup>.

Extrem reaktionäre Kräfte Westdeutschlands, die in Fragen des taktischen Vorgehens gegen DDR und andere sozialistische Staaten nicht mit SPD/FDP-Regierung übereinstimmen, fordern härteren Kurs, Verschärfung des Kampfes, provokatorischere Linie.

Auch in ihrem Auftreten zeigen sich größte Gefahren!

(besonders hinsichtlich provokatorischer Handlungen gegen DDR)<sup>141</sup>

Vorhandensein dieses starken Rechtsblocks der reaktionärsten Kräfte in Westdeutschland unterstreicht Notwendigkeit, Bonner Regierung zu völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen im Interesse der Sicherheit zu zwingen, d. h. auch deutschen Imperialismus zur Anerkennung seiner Niederlage im 2. Weltkrieg zu zwingen. (Will doch Krieg nachträglich noch gewinnen!)

(SPD-Parteitag gab Parole heraus, die ebenfalls auf wesentliche Forcierung des Kampfes gegen sozialistische Staaten schließen läßt:

„Wandel auch durch Handel“ (Schiller)<sup>142</sup>.

Absicht Bonns erkennbar, bedeutendes ökonomisches Potential Westdeutschlands noch konzentrierter und zielgerichteter in den Dienst der Außenpolitik, besonders Ostpolitik, zu stellen, d. h. mit verstärktem Einsatz wirtschaftlicher und handelspolitischer Mittel die politischen Ziele gegenüber sozialistischen Staaten zu erreichen.

Schiller: Es gehe darum, die Zielsetzung der Bonner Außenpolitik wirtschaftlich zu flankieren und abzusichern. Vor allem komme es darauf an,

die ökonomischen Potenzen stärker in politische Aktionen umzusetzen.

SPD-Parteitag kündigte intensive Bemühungen Bonns um

- wirtschaftliche Annäherung der sozialistischen Staaten an den Westen,
  - wirtschaftliche Kooperation der sozialistischen Staaten mit Westdeutschland,
  - verstärktes Eindringen in sozialistische Staaten mittels Krediten
- an. (Konkrete Analysen Bonns, um Ansatzpunkte für weiteres Vorgehen auf diesem Gebiet zu finden.)

Parolen: „Weltwirtschaftliche Integration“, „Einbeziehung der Ostländer in internationale Arbeitsteilung“, „Konvergenz“.

<sup>140</sup> Am linken Rand vor dieser Zeile handschriftlicher, doppelt unterstrichener Eintrag: „Rechtskartell“.

<sup>141</sup> Die beiden letzten Zeilen sind am linken Rand handschriftlich doppelt angestrichen.

<sup>142</sup> Gemeint ist Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD).

Damit soll Boden bereitet werden für<sup>143</sup>

- Störung der sozialistischen Integration im Rahmen des RGW<sup>144</sup>,
- Auflösung der wirtschaftlichen und politischen Bindungen der sozialistischen Staaten untereinander,
- Störung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft,
- Schaffung neuer Abhängigkeitsverhältnisse der sozialistischen Länder gegenüber Westen,
- politisch-ideologisches Eindringen in sozialistische Länder,
- Schaffung neuer Möglichkeiten für Feindseligkeit.

[Folgen MfS-Ausführungen zum weiteren Tagesordnungspunkt: „Zu einigen Problemen der Zusammenarbeit mit den Schutz- und Sicherheitsorganen von Nationalstaaten im arabischen und afrikanischen Raum“]

<sup>143</sup> Die ersten vier der folgenden Spiegel-Striche sind handschriftlich angekreuzt.

<sup>144</sup> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.